150. Ausgabe • 38. Jahrgang / Einzel-Nummer 15 Pf.

„Freiheit und Brot!"

München, Donnerstag, 24. September 1925

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G.m.b.H. / Hauptgeschäftsst.: München, Thierschstr. 15 / Fernr. 20647 / Drahtanschr.: „Beobachter München" / Postscheckkonto: Frz. Eher Nchfg., G.m.b.H., München 11346 u. Postsparkassenk.: Frz. Eher Nchfg., G.m.b.H., Wien 29921 / Schriftltg.: München, Schellingstr. 39/I / Fernr. 20801—20803 / Sprechstd. tägl. v. 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich / Bezugspreis monatlich 3.25 Mark zuzüglich Postbestellgeld / Anzeigenpreise: Die 31,5 mm breite und 1 mm hohe Zeile kostet 20 Goldpfennig / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 80 Goldpfennig / Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags / Anzeigen-Abteilung: Schellingstr. 39/I / Fernruf-Nummer 20801

Weltbetrügerkonferenz zwecks Erdrosselung Deutschlands

Der Schwindel der Entwaffnung / Die Konferenz zur Weltvertrustung

Weltbetrügerkonferenz

Eine große Debatte ist wieder ausgebrochen zwischen den Leuten, die angeblich über den Weltfrieden und Abrüstung so besorgt sind. Da nun aber die dritte Kommission des Völkerbundes für Abrüstungsfragen sich über die vorzubereitenden Schritte für die Einberufung einer Entwaffnungskonferenz nicht einigen konnte, setzte sie eine Unterkommission ein, die der Vollversammlung nachstehende Entschließung zur Annahme unterbreitete:

„Die Vollversammlung blickt mit Befriedigung auf die Tatsache, daß eine Reihe Staaten Schiedsgerichts- und Sicherheitsverträge untereinander abgeschlossen haben, die die Gestalt der Völkerbundssatzungen tragen und den Grundsätzen des Genfer Protokolls entsprechen. Der Völkerbund stellt fest, daß derartige Abmachung sich nicht nur auf einzelne Gebiete, sondern auch auf alle Staaten erstrecken sollten.

Die Vollversammlung spricht den Wunsch aus, daß die Staaten die von ihnen abgeschlossenen Übereinkommen und Verträge dem Völkerbund vorlegen sollten, damit der Rat die Prüfung vornehmen könne und in der nächsten Vollversammlung im Herbst 1926 Bericht erstatte, ob die allgemeine Sicherheit in der Welt durch den Abschluß von Sonderverträgen gewahrt ist.

Die Vollversammlung verpflichtet sich aufs neue zur Wiederherstellung des Friedens nach dem Grundsatze der Schiedsgerichte, Sicherheit und Entwaffnung zu arbeiten und fordert den Völkerbundsrat auf, die vorbereitenden Studien zu einer Weltabrüstungskonferenz in Angriff zu nehmen, sobald die allgemeine Sicherheit ausreichend gewährleistet ist."

„Aufs neue" sollen sich die Herrschaften zur Abrüstung verpflichten, während sie unermüdlich neue Luftflotten bauen, deutsche Gebiete in Waffen starrend besetzt halten; das Rifvolk ausrotten wollen, um dem Großkapital Schwefelgruben und Kupfererze zur Ausbeutung zu sichern; in Mossul die Türken verjagen, um das Petroleummonopol sich zu sichern.

Ein Lug und Trug ist es, ebenso wie 1921 in Washington, als zu gleicher Zeit von Weltfrieden gefaselt und die Vervollkommnung des Gaskrieges beschlossen wurde.

Benesch, der Tscheche, gab seine „Friedfertigkeit" dadurch kund, daß er zur Beschleunigung der Abrüstungskonferenz riet. Alles das hat natürlich nur den **einen** Zweck, Deutschland zu umzingeln, den heutigen Zustand unserer Knebelung als gottgewollt und jeden Versuch einer Änderung als eine Störung des Weltfriedens hinzustellen.

Die Deutschnationalen haben soeben beschlossen, zur „Sicherheits"-Konferenz zu gehen. Wie sie sagen, „zur Information", was aber nur eine Irreführung bedeutet. In Wirklichkeit werden sie unterschreiben wie Joseph Wirth und Walther Rathenau.

Konferenz der Ministerpräsidenten am Freitag

Berlin, 23. Sept. **Im Laufe des gestrigen Tages fand eine Reihe von Erörterungen zur Vorbereitung des heutigen Kabinettsrates statt. Der unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten stattfindende Kabinettsrat ist für Donnerstag in Aussicht genommen. Zu Freitag sind die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz der Länder in Berlin eingeladen. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird am Samstag um zehn Uhr zusammentreten.**

Tschechisch-polnisches Zusammengehen in der Sicherheitsfrage

Warschau, 23. Sept. Der tschechische Gesandte in Warschau stattete gestern dem polnischen Außenminister einen Besuch ab und informierte ihn über den Schritt des tschechischen Gesandten in Berlin bei der deutschen Regierung.

Locarno Tagungsort der Paktkonferenz

Paris, 23. Sept. Wie der „Matin" meldet, wird die Konferenz der Außenminister am 5. Oktober nicht in Luzern, sondern in Locarno stattfinden, das die alliierten Regierungen wegen seines milden Klimas vorziehen. Die Wahl Locarnos als Konferenzort werde aber erst nach dem Eintreffen der deutschen Antwort, die man für Donnerstag erwartet, als endgültig angesehen werden können.

Ein neuer Köder

Räumung der Kölner Zone Mitte November?

Köln, 22. Sept. **Aus Kreisen, die der Interalliierten Rheinlandkommission nahestehen, wird mitgeteilt, daß die englische Regierung im Einvernehmen mit dem französischen Kabinett beschlossen habe, die Kölner Zone bis spätestens Mitte November zu räumen. Vom englischen Hauptquartier in Köln wird diese Meldung zwar noch nicht amtlich bestätigt, doch wird erklärt, daß alles für eine baldige Räumung der Kölner Zone spreche. Sofort nach Abschluß des Sicherheitspaktes sei mit einem Abzug der englischen Truppen zu rechnen. Die Engländer sollen nach dem Koblenzer Bezirk abtransportiert werden.**

Jetzt soll also die Versklavung mit der Räumung Kölns, die schon lange hätte erfolgen müssen, erkauft werden. Was Stresemann dann Anlaß geben wird, sich als Befreier aufzuspielen.

Steigerung der Erregung in der Türkei

Sofia, 23. Sept. Aus Konstantinopel eintreffende Reisende schildern die Lage in der Türkei und die Erregung über die Behandlung der Mossulfrage als außerordentlich bedenklich. Man hatte den Eindruck, als stünden in der Türkei große Entschlüsse bevor. Die Kriegsbefürchtung ist allgemein. Man rechnet damit, daß jeden Augenblick die Schließung der Dardanellen angeordnet wird.

Nach einer bei der „Westminster Gazette" eingegangenen Information soll die Regierung des Irak England um beschleunigte Entsendung von Truppen gebeten haben, um einem etwaigen türkischen Angriff auf die Mossulgrenze zuvor zu kommen. Diese Nachricht hat in den politischen Kreisen Englands große Überraschung hervorgerufen.

Auf dem Wege zur Weltvertrustung

Debatte über die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 23. Sept. In der Weltwirtschaftskommission des Völkerbundes wurde gestern die Debatte über die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz fortgesetzt. Der französische Delegierte hielt eine großangelegte Rede, in der er von außerordentlichem Interesse der Arbeiterschaft an dem Zustandekommen der Konferenz sprach.

Loucheur trat ein zweites Mal für seinen Vorschlag zur Weltkonferenz ein und suchte die Gerüchte zu zerstreuen, daß sich in der französischen und englischen Delegation Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten. Er wäre nach seiner Meinung wünschenswert, die Konferenz auf allerweitester Basis vorzubereiten und sämtliche Staaten, einzuladen. Frankreich verspreche sich von der Konferenz einen durchschlagenden Erfolg, für die Befriedigung der Welt und der Gegensätze im nationalen Wirtschaftsleben.

Die französischen Schuldenverhandlungen in Washington

Paris, 23. September. Das politische Interesse konzentriert sich auf die franko-amerikanischen Schuldenverhandlungen, die am Donnerstag in Washington eröffnet werden. Hierzu lautet in politischen Kreisen, daß die französische Delegation feierlich zugesagt habe, daß sie alle gefühlsmäßigen Erwägungen bei den Besprechungen beiseite lassen werde. Die Regelung der französischen Schulden erfolge ohne Rücksicht auf die Dawes-Zahlungen und die künftigen Abmachungen zwischen Frankreich und England. Der einzig maßgebende Faktor bei den Verhandlungen sei die französische Zahlungsfähigkeit. Weiterhin stehe fest, daß Amerika keine Verringerung der Kapitalsschuld bewilligen werde. Das Kapital der Schuld schließt die vor dem Waffenstillstand ausgeliehenen Beträge und 400 Millionen Dollar für die in Frankreich zurückgelassenen amerikanischen Warenlager ein, so daß die Schuld 3340 Millionen Dollar beträgt. Zu diesem Kapital komme noch die Summe von 860 Millionen Dollar an Zinsen und ferner im Oktober noch weitere 73 Millionen Dollar, die einen neuen Bruchteil der Zinsen darstellen. Von französischer Seite werde beabsichtigt, Amerika eine wesentliche Ermäßigung des Zinsfußes vorzuschlagen. Erst nach Regelung dieser grundsätzlichen Frage werde die Aussprache über die Höhe der Jahresleistungen und die Zahlungsfähigkeit Frankreichs beginnen können.

*

Die Blätter bringen lange Berichte aus Neuyork über die Vorbereitungen bei der Ankunft der französischen Schuldendelegation. Die erste Zusammenkunft mit der amerikanischen Delegation, die auf Donnerstag früh 10 Uhr festgesetzt ist, wird mit Begrüßungsansprachen ausgefüllt werden. Über die Vorschläge, die Caillaux unterbreiten wird, erfährt „Neuyork Herald" aus Washington:

Der französische Finanzminister wird bei Eröffnung der Verhandlungen mitteilen, daß Frankreich im besten Falle eine jährliche Leistung von 25 Millionen Pfund Sterling aufbringen könne, in die sich England und die Vereinigten Staaten teilen müßten. Das von England erzielte Angebot von 12½ Millionen Pfund Sterling habe provisorischen Charakter und könne vielleicht in weiteren Verhandlungen auf 10 Millionen Pfund Sterling ermäßigt werden. Dadurch werden für die Vereinigten Staaten jährlich 15 Millionen Pfund Sterling frei. Der amerikanische Senat sei allerdings der Ansicht, daß die genannte Summe für die Zeit nach Ablauf des in Aussicht genommenen Moratoriums zu niedrig bemessen sei.

Die 15 Millionen Pfund Sterling werden eine gute Verhandlungsgrundlage für die künftige Wirtschaftslage Frankreichs bilden. Der günstige Abschluß der Handelsbilanz wird von den maßgebenden Finanzsachverständigen nicht in Betracht gezogen, da der Standpunkt vertreten wird, daß ein sicheres Urteil über die Wirtschaftslage Frankreichs erst nach der Stabilisierung des Franken abgegeben werden könne. Aber auch unter diesen Verhältnissen sei ein endgültiges Abkommen möglich. In diesem Zusammenhang wird zugegeben, daß der französischen Regierung Vorschüsse für Stabilisierung des Franken bewilligt werden könnten. Man sei der Ansicht, daß Frankreich mindestens acht Milliarden Franken benötige (400 Millionen Dollar), um zu erreichen, daß die französische Währung vor weiteren Schwankungen geschützt werde.

Der Krieg in Marokko

Paris, 23. Sept. Über die Entwicklung der spanischen Offensive gegen Abd el Krim sind keine neuen Einzelheiten bekannt. Ein höherer spanischer Offizier hat nach einer „Daily Mail"-Meldung aus Tanger der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß der Vormarsch der spanischen Truppen zum Scheitern komme, wenn die Franzosen nicht gleichzeitig durch eine energische Offensive an der Uergafront die Riftruppen fesseln. In Tetuan herrscht große Besorgnis wegen des Schicksals der Expedition nach der Cebadillabucht. Das feindliche Gewehr- und Geschützfeuer wird immer heftiger. Jeden Tag bringt ein Hospitalschiff Verwundete von Cebadilla nach Melilla.

Paris, 23. Sept. Aus Ghazale (Syrien) wird gemeldet, daß Sultan Atrasch die allgemeine Mobilmachung sämtlicher Drusen von 16 bis 60 Jahren angeordnet habe.

An alle Nationalsozialisten!

Nationalsozialisten! Parteigenossen!

Am 27. 2. 1925 wurde die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erneut ins Leben gerufen. Gleich ihrer Tätigkeit vor dem November 1923 sollte sie abermals ihre Arbeit aufnehmen gegen den tödlichsten Feind unseres deutschen Volkes und Vaterlandes. Nicht in innerem Bruderstreit hofften wir unsere Kräfte anwenden zu können, sondern im Dienste der Befreiung unseres Volkstums. So haben wir angefangen von unserem ersten Aufruf in all unseren Versammlungen, in Werbeschriften, Propagandanummern immer nur ausschließlich gegen einen einzigen Feind gekämpft, den internationalen Marxismus und die ihm dienenden Parteien. Unsere Presse sollte dem widerlichen Streit des Herbstes 1924 entzogen werden und ihre Aufgabe nur mehr in der Niederringung unserer internationalen Pressefeinde erblicken.

Parteigenossen, urteilt selbst, ob in diesen Monaten der „Völkische Beobachter" oder irgend ein anderes Presseerzeugnis der Parteileitung einem anderen Ziele diente, als dem des Verfechtens deutscher Lebensrechte gegenüber unseren inneren und äußeren Unterdrückern.

In dieser friedfertigen Gesinnung anderen völkischen Verbänden gegenüber hofften wir ein sicheres Anrecht auf Würdigung und gleiche Haltung von Seiten dieser Organisationen zu erringen.

Wir sind auf das bitterste getäuscht worden.

Während mit einer ganzen Anzahl völkischer Verbände wieder die brüderliche, gegenseitige Achtung hergestellt werden konnte, haben andere in unserer nachgiebigen Gesinnung nur ein Zeichen von Schwäche zu erkennen geglaubt, so daß unsere friedliche Einstellung zur Quelle dauernder Angriffe wurde.

Ein wüster Kampf voll Lüge und Verleumdung setzte schon die nächsten Tage gegen uns ein. Während wir in unserem Aufrufe von der Notwendigkeit eines Vergessens des Vergangenen und der Notwendigkeit eines ehrlichen Zusammenschlusses sprachen, wurde uns von dieser Seite schärfste Fehde angesagt. Wenn wir in unserer Zeitung kein Wort der Feindschaft gegen eine andere völkische Gruppe duldeten, verfolgten uns diese dafür mit ihrem Haß; wenn wir in zahlreichen Erklärungen immer wieder unsere Mitglieder baten, sich nie zu einer feindseligen Äußerung gegen die anderen völkischen Parteien verleiten zu lassen, wurden wir dafür in Rund- und Informationsbriefen auf das schmählichste heruntergesetzt, verlästert und schlecht gemacht. Wenn unsere Massenversammlungen erfüllt waren von Kampfgeist gegen Judentum, Marxismus, dann hatten die Versammlungen dieser Verbände nur e i n e n Feind und der waren wir. Und während wir nun gerade in einem neuen großen Aufschwung der Bewegung hunderttausende von Propagandanummern in die deutsche Nation hinausgehen lassen, geht man endlich dazu über, nicht nur in Sektionsversammlungen, sondern in öffentlichen Kundgebungen uns anzugreifen und scheut nicht davor zurück, zur Freude von Juden und Judenparteien auf Plakatsäulen die breiteste Öffentlichkeit zum Zeugen dieses Bruderkampfes einzuladen.

Parteigenossen! Sechs Monate lang haben wir jetzt geschwiegen. Haben geschwiegen zu allen dauernden Verlästerungen und Verleumdungen, zu all den Angriffen auf einzelne Führer, dem infamen Anzweifeln unserer Gesinnung, haben geschwiegen zu den lügenhaften Behauptungen über Bindungen, die unsere Bewegung fesseln würden, geschwiegen über das Unterschieben unwahrer Kampfmotive, geschwiegen zu allem, was man an Schändlichen gegen uns vorzubringen, sich unterstand.

Unsere Duldsamkeit hat schlechte Früchte getragen.

Unsere Hoffnung, durch unser Beispiel in den Kreisen der ehrlichen Anhänger der anderen völkischen Gruppen Verständnis zu erwecken, so daß die Führer dieser Parteien endlich von ihrem Vorhaben durch eigene Parteigenossen gedrängt, Abstand nehmen würden, ist schmählich zuschanden geworden.

Heute erkennen wir, daß alle unsere Versuche, durch eigene Nachgiebigkeit die anderen völkischen Parteien zur Einsicht zu bringen, nicht nur erfolglos waren, sondern im Gegenteil als Zeichen unserer Schwäche ausgelegt wurden.

Damit ist aber jetzt unsere Geduld zu Ende.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird von jetzt ab diesen infamen Parteiquerulanten, diesen Störefrieden und Ränkeschmieden rücksichtslos entgegentreten. Wir werden dafür sorgen, daß diesen Herren das Lachen über unsere Gutmütigkeit aus dem Gesicht getrieben wird. Von jetzt ab gilt diesen Provokateuren und Unfriedenstiftern in der völkischen Bewegung gegenüber wieder unser alter nationalsozialistischer Grundsatz: Für jeden Hieb auf der Stelle zwei zurück.

Parteigenossen, duldet nicht mehr, daß diese Elemente unter dem Deckmantel einer Betätigung „völkischer Gesinnung" als Hetzapostel zerstören können, was sie nicht selber gebaut und geschaffen haben. Sorgt dafür, daß diesem angriffslustigen Parlamentarierklüngel das Handwerk gründlich gelegt wird, indem wir von jetzt an jedem weiteren Versuch der Unruhestiftung durch diese unverantwortlichen Nutznießer und Zerstörer der völkischen Idee auf der Stelle entgegentretet, eine weitere Beschimpfung unserer Partei und unserer Führer dadurch verhindert.

Wir haben 6 Monate lang im Guten versucht, sie sollen uns jetzt anders kennen lernen.

Parteigenossen, Nationalsozialisten, nehmt den Kampf auf!

Es lebe unsere Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei!

München, den 21. September 1925.

Für die Parteileitung:

Adolf Hitler.

Deutsches Reich

Spaltung der K.P.D.!

Die Zurechtweisung der K.P.D. durch die Moskauer politische Tscheka des Herrn Sinowjew-Apfelbaum hat bei seinen sonst folgsamen Rassegenossen sehr böses Blut gemacht. Zwei dieser Herren (Dr. Rosenberg und Scholem) protestieren gegen die Abbeutelung in einem offenen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Unsere Ablehnung ergibt sich aus folgenden Gründen:

1. Der Brief des E.K.K.J. bestreitet nachträglich die historische Berechtigung des Kampfes der Linken innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands seit dem 3. Weltkongreß.

2. Der Brief bietet objektiv der Rechten innerhalb der K.P.D. die Plattform zur Wiedereroberung der Partei.

3. Der Brief bezeichnet die Linke innerhalb der Partei als ultralinks, antibolschewistisch und antikommunistisch.

Wir überlassen es der Genossin Ruth Fischer, durch ihre eigene Unterschrift unter dieses Dokument ihr politisches Todesurteil selbst zu vollziehen."

Wir glauben nicht, daß die führende Gruppe der Zentrale aus eigener Kraft imstande sein wird, den erneuten Ansturm der Brandlerianer abzuwehren. Die Rückeroberung der Partei durch die Brandler-Fraktion ist nur zu verhindern durch den Zusammenschluß aller ehrlich linken Elemente in allen Bezirken der Kommunistischen Partei Deutschlands. Gelingt es den Rechten, sich der Partei zu bemächtigen, so werden sie die Losung „Bildung eines linken Flügels der Arbeiterklasse" dazu ausnutzen, um die Rolle der Kommunistischen Partei zu verwischen und durch Bündnispolitik mit der sozialdemokratischen Führerschaft die K.P.D. zum Anhängsel der S.P.D. zu machen."

Das ist nur als Drohung mit einer neuen Gründung aufzufassen. Es wird interessant festzustellen sein, was Sinowjew jetzt tun wird.

Finanzkapital und Heidelberger Programm

Auf dem marxistischen Parteitag in Heidelberg, der bekanntlich abermals ein Zeitprogramm, in fünfzig Jahren das dritte, aufzuziehen hatte, sprach Herr Dr. H i l f e r d i n g zum Kapitel Finanzkapital.

So ganz unter der Hand wies der Exfinanzminister darauf hin, daß d i e a l t e T r e n n u n g d e s K a p i t a l s i n I n d u s t r i e-, H a n d e l s- u n d B a n k k a p i t a l i m m e r m e h r a u f h ö r t u n d d a s K a p i t a l d i e E i n h e i t s f o r m d e s F i n a n z k a p i t a l s a n n i m m t. Dieses Finanzkapital stellt schließlich die starke Gesellschaftskonzentration dar, die nach ihrer hierarchischen Form überhaupt denkbar ist. Schlaglichtartig beleuchtet der Fall Stinnes diese ganze Entwicklung.

Dieses wertvolle Zugeständnis des österreichischen Juden Hilferding, des Mediziners und Finanztheoretikers, der ein umfangreiches Buch über das Finanzkapital geschrieben hat, wird man ihm und seiner Partei hinter den Spiegel stecken müssen. Auch Genosse B i e d e r m a n n, Hamburg, wies auf dem Heidelberger Parteitag darauf hin, daß das sozialistische Aktionsprogramm „n i c h t a n d e n B a n k e n v o r ü b e r g e h e n d ü r f e." Gerade die Völkischen hätten ihre großen Erfolge bei ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftskritik durch Behandlung dieser Fragen erzielt.

Wir sind nicht darauf erpicht, uns ausgerechnet von Herrn Biedermann Komplimente machen zu lassen. Was uns an der Sache selbst am beachtenswertesten erscheint, ist der Umstand, daß die Arbeiterschaft in Deutschland zusehends erwacht und einen starken Druck auf ihre sogenannten Führer ausübt, nicht um die Kernfragen unserer Wirtschaftsverlumpung dauernd nur herumzustreichen.

Zentrum und Marxismus

Die beiden Reichsverderber einst und jetzt

Der Richtungsstreit im Zentrum hat auch zur Folge gehabt, daß sich der bayerische Ministerpräsident Held in die hier schwebenden Fragen eingemischt und bereits verschiedene Keulenhiebe gegen die in dem ihm gehörigen „Regensburger Anzeiger" so wesensverwandte Bruderpartei geführt hat, ein Vorgang, den man gewiß nicht tragisch nehmen wird, wenn man weiß, wie all das, was Herr Held heute dem Zentrum glaubt zum Vorwurf machen zu dürfen, vor nicht allzulanger Zeit auch auf ihn selbst und seine Partei anwendbar war. Denn die treue Waffenbrüderschaft mit dem Marxismus hat auch in Bayern die Partei noch lange nach der Revolution geübt und würde sie heute noch üben, wenn die politische Konstellation nicht eine andere wäre. Und wenn Herr Held sagt, das Zentrum sei vor dem Kriege sozusagen groß geworden im Kampf gegen die Sozialdemokratie, so ist das nur teilweise richtig, denn das Zentrum, nicht zum wenigsten das damalige bayerische, dem auch Herr Held angehörte, ist auch groß geworden i m B u n d e m i t d e r S o z i a l d e m o k r a t i e. Der verstorbene Zentrumsführer Peter Spahn hat nicht umsonst am 15. Dezember 1918 ausgesprochen, daß das Zentrum der Sozialdemokratie wiederholt den Steigbügel gehalten habe. Eines ist in Helds Ausführungen richtig: In der heutigen Zentrumspresse, oder in den parteiamtlichen Aufklärungsschriften merkt man kaum mehr etwas von einem Gegensatz zum Marxismus, während früher in jeder Druckschrift des Zentrums der Kampf gegen den Marxismus geführt wurde, ja zum Teil die Druckschriften sich fast ausschließlich mit dem marxistischen System befaßten.

Es mag heute als Beitrag zu dem Streit im Zentrum, der sich vor allem um den Marxismus dreht, von Wert sein, einige alte Dokumente ans Tageslicht zu ziehen und die mit dem Maßstab der Gegenwart zu messen. Wir sehen da am deutlichsten, wie groß der Verrat des Zentrums ist, und wie nach der Revolution seine bessere Einsicht der Kompromißpolitik geopfert wurde.

Der Bahnbrecher für den Marxismus im Zentrum war bekanntlich Matthias Erzberger. Als dieser Schädling einst noch Schriftleiter des Stuttgarter Zentrumsblattes war, hat er gar manche Broschüre gegen die Sozialdemokratie vom Stapel gelassen, um das Volk über die von dieser Seite drohenden Gefahren aufzuklären. Im Verlag des „Deutschen Volksblattes", Stuttgart erschienen da z. B. 1898 die Schriften von Erzberger: „Christliche oder sozialdemokratische Gewerkschaften?" 1899: „Sozialdemokratie und Religion", „Sozialdemokratie und Frauenarbeit, Börse, Zentrum und Anarchie". In dieser letzten Schrift schreibt z. B. Erzberger, Seite 9:

„Für den Uneingeweihten erscheint es höchst sonderbar, daß diejenigen Parteien, die doch sonst immer „alles für das Volk, alles durch das Volk" als ihre Parole ausgeben, gar manchmal unter diesem Volk d a s Volk verstehen, das s i c h g e r a d e a u f d a s A u s b e u t e n d e s V o l k e s v e r l e g t. So ist auch die B ö r s e d e r G i f t b a u m d e s m o d e r n e n w i r t s c h a f t l i c h e n L e b e n s, ein Prüfstein für manche Partei geworden."

Erzberger hat recht behalten, die Börse und ihr Raubzug im deutschen Volk ist auch für das Zentrum zum Prüfstein geworden, indem es 20 Jahre, nachdem dies geschrieben wurde, sich auf die Seite d e s Volkes stellte, das sich aufs Ausbeuten des Volkes verlegt, wie Erzberger sehr richtig feststellte.

Daß Sozialdemokratie und Judenfrage sich nicht trennen ließen, haben auch Erzberger und die anderen Zentrumsgrößen schon früh eingesehen, Erzberger hat in dem auch unter seiner Mitwirkung entstandenen „Politisch-sozialen ABC-Buch für die Mitglieder der Zentrumspartei (Stuttgart 1900) unter dem Abschnitt „Juden und Sozialdemokratie" sich sehr eingehend mit der Judenfrage auseinandergesetzt. Alle noch so unbekannten jüdischen Redakteure und Zeitungsreporter, Abgeordnete und Führer der Sozialdemokratie aus ganz Mitteleuropa werden da aufgezählt. Auf das Wiener „Jüdische Volksblatt" wird ferner verwiesen, das die Förderung der Sozialdemokratie 1899 empfohlen habe. Dann heißt es zum Schluß:

„Mit aller j ü d i s c h e n U n v e r f r o r e n h e i t bestätigt hier das jüdische Blatt, daß die Juden die Sozialdemokratie überall unterstützen und in ihr die Uebermacht haben. Dies sollen sich die christlichen, die katholischen Arbeiter merken (die heute zur Freude aller Juden die eifrigsten Trabanten des Marxismus sind! Verf.). Letzteren werfen ja die Sozialdemokraten so oft vor, sie stünden unter Herrschaft und Leitung des katholischen Klerus, seien „Pfaffenknechte".

Nun wohl! T a u s e n d m a l l i e b e r P f a f f e n k n e c h t a l s J u d e n k n e c h t!"

Heute fühlt sich das Zentrum in der Rolle des Judenknechts wohler denn je.

Man kann dem alten Zentrum wirklich nicht abstreiten, daß es alles getan hat, um Klarheit über den Marxismus zu verbreiten. Und dabei unterschied sich das Zentrum in diesen Punkten so wenig von der heutigen nationalsozialistischen Anschauung, daß man sich nur wundern muß, wie man das alles nur so schnell vergessen kann. In demselben „ABC-Buch für die Mitglieder der Zentrumspartei" wird all das, was es zu dem Kapitel Sozialdemokratie zu sagen gab, nochmals folgendermaßen zusammengefaßt:

„Da haben wir gesehen, wie die Sozialdemokratie umgeht mit den ihr anvertrauten Geldern der Arbeiter, wie sie tätig war und ist, j e d e B e s s e r s t e l l u n g d e s A r b e i t e r s t a n d e s, den sie doch besonders vertreten will, z u v e r h i n d e r n. Wie sie auch für A u s n a h m e g e s e t z e zu haben war, wenn sie sich g e g e n d i e k a t h o l i s c h e K i r c h e richteten; wie es ihr sehnlichster Wunsch ist, den B a u e r n s t a n d möglichst bald v e r n i c h t e t zu sehen; wie sie ebenso die V e r n i c h t u n g d e s H a n d w e r k e r s t a n d e s anstrebt; wie sie am K a t h o l i z i s m u s ihren e n t s c h i e d e n s t e n G e g n e r findet; . . . daß in den Kreisen ihrer parlamentarischen Vertreter der U n g l a u b e b e s o n d e r s v e r b r e i t e t ist; daß sie mit dem „ehernen Lohngesetz" d i e d e u t s c h e n A r b e i t e r schmählich b e t r o g; daß sie mit ihren Lehren in der steten Mauserung begriffen ist; . . . wie sie, die dem Kapital Feindschaft geschworen haben will, dennoch s t e t s d a s G r o ß k a p i t a l g e g e n d e n M i t t e l s t a n d u n t e r s t ü t z t; wie sie s c h w i n d e l t mit den Vorzügen des von ihr geforderten Milizsystems; wie sie r e l i g i o n s l o s und r e l i g i o n s f e i n d l i c h ist trotz ihrer Phrase „Religion ist Privatsache". Daß sie jedes auf christlicher Grundlage bestehende Familienleben aufheben will; daß s i e v o n J u d e n g e l e i t e t, daß sie, die „Partei des Proletariats", v o n r e i c h e n K a p i t a l i s t e n g e f ü h r t w i r d; daß sie die A u f h e b u n g jedes P r i v a t e i g e n t u m s und a l l e r K l a s s e n u n t e r s c h i e d e anstrebt; daß sie ihr Endziel erreichen will auf revolutionärem, b l u t i g e m Wege; daß sie i n t e r n a t i o n a l, v a t e r l a n d s l o s ist; daß es mit ihrer sogenannten „Verelendungstheorie" S c h w i n d e l ist; daß endlich der erstrebte Z u k u n f t s s t a a t ein undurchführbares H i r n g e s p i n s t ist.

Wir glauben in all diesen Abhandlungen die deutsche Sozialdemokratie allseits gründlich genug beleuchtet zu haben. Aus ihnen ersieht man mit erschreckender Klarheit, was diese Partei eigentlich will, wohin sie steuert. Aus ihnen ersieht man, daß kein Mensch, dem es wirklich um Besserstellung der sozialen Verhältnisse zu tun ist, bei der Sozialdemokratie diese seine Wünsche jemals verwirklicht sehen wird; daß es einem katholischen Mann, der wirklich etwas auf seine katholische Ueberzeugung hält, unmöglich ist, seine Stimme zu geben dieser Partei, die es als Aufgabe betrachtet, die R e l i g i o n zu v e r n i c h t e n und a u s z u r o t t e n".

Soweit das ABC-Buch unter Erzbergers Mitwirkung. Was wir heute aber in diesem Zusammenhang im Lichte der Gegenwart alles „mit erschreckender Klarheit" sehen, das läßt sich mit wenigen Worten gar nicht zusammenfassen. Denn, daß nach dieser niederschmetternden Kennzeichnung des Marxismus durch das Zentrum es noch einmal möglich würde, daß dieses mit der Sozialdemokratie politische Geschäfte machte, würde einem völlig unglaublich erscheinen, wenn es nicht doch so gekommen wäre. Obwohl also das Zentrum wußte, daß es sich beim Marxismus um ein Betrugssystem handelt, das in der Weltgeschichte einzig dasteht, war es dasselbe Zentrum, das sich bis auf den heutigen Tag all dieser Erkenntnisse entschlug, um brüderlich eine Waffengemeinschaft zu schließen. Obwohl das Zentrum wußte, daß die Sozialdemokratie ein Werkzeug in der Hand des Judentums ist, hat es dieser zum denkbar größten Einfluß verholfen und nach allen Richtungen gefördert und tut es in Preußen heute noch. Erschwerend wirkt dabei noch, daß all die wuchtigen Vorwürfe, die das Zentrum damals gegen den Marxismus erheben konnte, heute wahrscheinlich nicht minder Geltung haben, sondern der größte Teil durch die Tat sich mehr als berechtigt erwiesen hat. Mag sich auch der Marxismus noch so oft mausern, solange das Judentum das bestimmende Element in ihm ist, wird er sich in seinen Zielen und in seiner Wirkung immer gleich bleiben.

An dieser Tatsache wird auch der Lobeshymnus nichts ändern können, den nach dem Durchfall Marxens als Reichspräsident der Adlatus des Dr. Wirth, der ehemalige Pressechef der Reichsregierung und Ministerialdirektor Dr. Spiecker in der „Germania" unter dem Titel:

„Wir und die Sozialdemokraten", losließ. Man muß dieses Bekenntnis einer schönen Zentrumsseele den einstigen scharf ablehnenden Äußerungen über die Sozialdemokratie gegenüber zu halten, damit diese elende Gesinnungslumperei im richtigen Licht erstrahlt. Spieker führte da aus:

„Die Sozialdemokratie hat seither (also seit 1918! Verf.) eine nationale Politik befolgt und die Zentrumspartei hat daher nie Anstand genommen, in der Sozialdemokratie ihren Kampf- und Weggenossen zu sehen. . . . In Deutschlands schwersten Jahren ist die Zentrumspartei mit der Sozialdemokratie den einzigen Weg der Rettung vor dem Untergang gegangen, u. wenn das Zentrum mit Recht von sich sagen darf, daß es in diesen Jahren das Vaterland stets über die Partei gestellt hat, so erfordert Recht und Billigkeit die gleiche Feststellung für das Tun und Lassen der Sozialdemokratie. Der Sozialdemokratie soll es vor allem unvergessen bleiben, daß sie durch wahrhaft uneigennützige Politik das Rettungswerk des Reichskanzlers Marx ermöglicht hat. Unvergessen sei ihr vom Zentrum auch, daß sie sich mit aller Kraft für die Präsidentschaftskandidatur Marx eingesetzt hat".

Trotz dieser Phrasen bleibt aber die Tatsache unerschütterlich bestehen, daß, wenn das Zentrum nicht seit der Revolution mit dem Marxismus Hand in Hand gegangen wäre, wenn es seiner Kampftradition von damals treu geblieben wäre und sich mit Gewalt, wie es seine Pflicht gewesen wäre, dem Marxismus entgegengeworfen hätte, dann wäre die heutige Katastrophe wahrscheinlich nicht in diesem Ausmaße über uns hereingebrochen.

Aber die Katastrophe sollte eben hereinbrechen, und darum hat das Zentrum mit bewußter Absicht die Macht unterstützt, die es einst nicht nur als seinen eigenen, sondern auch als den Todfeind des deutschen Volkes kennzeichnete. Durch die Katastrophe sollte die Bahn frei werden für die konfessionellen Machtziele, die von jeher Zentrumspolitik entscheidend beeinflußt haben. Aber die Saat, die es durch solches Verhalten in seinen eigenen Reihen gesät hat, geht nun furchtbar auf. **Molitor.**

Der Salzburger Handlungskrankenverein restlos in völkischen Händen

82 Prozent völkischer Stimmenzuwachs.

Salzburg, 23. Sept. Vom 16. bis 18. Sept. fanden die Wahlen der Delegierten für die Hauptversammlung des Handlungskrankenvereins für Oberösterreich-Salzburg statt. Dabei erzielten die Völkischen gegenüber den Wahlen vom 7. November 1922 einen Stimmenzuwachs von 82%.

Die Völkischen haben lange gekämpft gegen die seit 1922 von den Sozialdemokraten im Kassenwesen des Vereins betriebene Mißwirtschaft: die Sozialdemokraten führten eine ausschließliche Protektionswirtschaft ein, als ob diese Angestelltenkasse ein rotes Parteiinstitut wäre. Die völkischen Gewerkschaften hatten unter dem Druck eines umfassenden Beweismaterials gegen den leitenden Beamten, Gen. Gissinger, dessen Entfernung erwirkt. Der Genosse bekam zum Lohn dafür 60 Millionen Kronen Abfindung und eine andere Parteistelle; obwohl sein Genosse Festl, der Kassenobmann, nachwies, daß Gissinger über 10 Kilo unerledigter Gesuche und Akten in seiner Schublade liegen hatte. In der roten Verwaltung saß auch der Nationalrat Baumgärtel. Trotz eines mit allen Mitteln geführten Wahlkampfes erhielten die Roten nur 1949 Stimmen, während die völkischen Gewerkschaften 2825 Stimmen bekamen. Damit ist der Verein wieder restlos in den Händen völkischer Angestelltenschaft.

Der rote Bürgermeister von Linz bekam darüber Wutanfälle und nun will er die völkischen Stimmen als ungültig erklären lassen. Erfolg wird er natürlich nicht haben.

Knebelung Deutschlands

Reval, 23. September. Der Oberste Staatsgerichtshof hat die Klage der deutschen Gemeinde wegen des Beschlusses des estnischen Innenministeriums, die Revaler Domkirche mit allem Eigentum dem Staat zu übergeben, abgewiesen.

Der Fall Landespfandbriefanstalt

Im Prozeß wegen der Kredite der Landespfandbriefanstalt wurde festgestellt, daß der am 12. und 18. März gegebene Kredit insgesamt 590 000 Mark betrug. Am 4. April sind dann nochmals 60 000 Mark bezahlt worden, über die Nehring keine Auskunft geben kann. Am 10. April wurden wiederum 250 000 Mark gegeben. Über diesen Betrag entspann sich eine längere Fragestellung, an der sich auch die Sachverständigen beteiligten und erklärten, daß ein derartiges Gebaren in einer Bank vollkommen unmöglich sei. Der Angeklagte Nehring schilderte dann weiter, wie es zu einem weiteren großen Kredit kam, infolge der ausländischen Hypotheken in Höhe von zweieinhalb Millionen. Auf die Frage, ob dann die notwendigen Mittel für die Neubelastung der Anstalt vorhanden gewesen seien, erwiderte Nehring, daß damals von der Wohnstättenbank erhebliche Einnahmen vorhanden gewesen seien, die große Mittel für Beamtensiedelungen erhalten hatte. Der Vorsitzende erklärte, daß es nicht der Würde eines preußischen Beamten entspreche, Geld für ein Amt einzustecken, für das er tatsächlich keine Verantwortung tragen könne.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wegen der Kredite der Landespfandbriefanstalt erläuterte Nehring die Abmachungen der Anstalt mit der Etzdorfgruppe. Darauf kommt die Dollarbeschaffung mit der sehr erheblichen Nachforderung Dr. Canns und die Londoner Reise zu Sprache. Diese Reise hatte den Zweck, der Absetzung der Pfandbriefe. Für diese Reise hatte die Landespfandbriefanstalt 30 000 Mark zur Verfügung gestellt, wofür tatsächlich Etzdorf, dessen Frau und Carlowitz eine Vergnügungsreise nach London machten, während die Landespfandbriefe nirgends unterzubringen waren.

Auf die Frage, ob sich die Anstalt niemals Belege über die Verwendung der Gelder geben ließ, erklärte Nehring, daß solche öfters verlangt worden seien. Die Herren hätten dann eine unbefriedigende Abrechnung gegeben. Einmal wurde eine Ausgabe von 450 000 Mark verrechnet, die tatsächlich nur 210 000 Mark betragen hat. Nehring wird weiter vorgehalten, ob er sich denn dabei nichts gedacht habe, daß die Herren auf großem Fuße lebten. Er erklärte, daß er das nicht gewußt habe und im übrigen an das große Einkommen der Herren geglaubt habe.

„Die anthropologische Revolution in Rußland"

Unter diesem Titel brachten wir in unserer Sonntagsausgabe einen Auszug aus einem Aufsatz der Wochenschrift „Der Deutschenspiegel", der sich mit den Veränderungen in Rußland befaßte. Der Aufsatz der genannten Zeitschrift enthielt u. a. auch die Bemerkung, daß der Großfürst Kyrill Wladimirowitsch bei Ausbruch der russischen Revolution das rote Band angelegt und sich dann mit seinen Matrosen zur neuen Regierung begeben hätte. Wir hatten diese kleine Bemerkung des betreffenden Aufsatzes des „Deutschenspiegels" überlesen, fühlen uns aber verpflichtet, ausdrücklich festzustellen, daß dies eins der vielen Märchen ist, welches von böswilliger Seite immer wieder verbreitet wird, mit dem Zwecke, die Gegner des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in ihrer positiven Einstellung zum Großfürsten Kyrill wankend zu machen, wobei diese Angriffe dann auch in die deutsche Presse übergegangen sind.

Tatsächlich hat, wie durch viele Augenzeugen (u. a. Generalmajor Dellinghausen) feststeht, Großfürst Kyrill nie ein rotes Band getragen und lediglich seine ihm unterstellten Truppen in militärischer Ordnung zurückgeführt.

Es wäre uns angenehm, wenn der Herausgeber des „Deutschenspiegels" von dieser Berichtigung Kenntnis nehmen wollte.

*

Filmreklame im Judenstil

Liddy Hegewalds Film-Verleih- und -Vertrieb, Leipzig, Querstraße 26/28, versendet Reklame-Karten, auch an Schulkinos.

Auf der Vorderseite der Karte neben dem Raum für die Anschrift befindet sich ein Bild: Gefallener Krieger, an seiner Seite eine Siegesgöttin, die den Lorbeerkranz über ihn hält. Schrift oben: Auf dem Felde der Ehre gefallen, unten: Hegewald-Film.

Die Rückseite der Karte trägt folgenden Text:

Auf
den Film warten Sie, der ihnen das große Geschäft bringen soll. Nur an
dem
haben Sie ein brennendes Interesse! Wollen Sie jede Konkurrenz aus dem
Felde
schlagen, dann sichern Sie sich einen neuen Großfilm: „Aufn dem Felde
der
Ehre gefallen!" Diesen Film zu spielen, wird jedem Theaterbesitzer zur
Ehre
gereichen! Er füllt auch Ihre Kassen und wird Ihrem Publikum sehr
gefallen!
Schließen Sie sofort ab und sichern Sie sich baldigst einen Spieltermin.

Münchner Beobachter

Um die Sonntagszustellung

Die Einführung der Briefzustellung am Sonntag, die kürzlich den Hauptausschuß des Stadtrates beschäftigte, wurde nunmehr endgültig behandelt. Stdtr. **Weiß** (Dem.), der den Antrag auf Wiedereinführung der Sonntagszustellung eingebracht hatte, teilte mit, daß ihm nicht gerade liebenswürdig zu nennende Zuschriften zugegangen sind, in denen die Schreiber sich wundern, daß gerade die Demokraten Stellung gegen die Sonntagsruhe nehmen. Er könne verstehen, daß sich diese Leute um ihre freie Zeit wehren, doch sei sein Antrag ein dringendes Bedürfnis für die bayerische Wirtschaft. Die Post sei in der Lage, genügend Leute einzustellen, um auch die Sonntagszustellung durchzuführen. Bürgermeister Dr. **Küfner** meinte, so, wie der Zustand jetzt ist, könne er unmöglich bleiben. Die Briefzustellung müsse im ganzen Reich einheitlich durchgeführt werden. Stdtr. **Huber** (Kom.) bezeichnete es als unverständlich, daß ausgerechnet ein Demokrat für die Einschränkung der Sonntagsruhe eintrete. Er stellte den Antrag, daß die Sonntagszustellung im Reiche abgeschafft werde. Stdtr. **Schmucker** (Bayer. Volksp.) bezeichnete die Meinung seiner Fraktion als geteilt, sie stelle die Abstimmung frei. Stdtr. **Fiehler** (Nationalsoz.) **erklärte für seine Fraktion, daß sie sich nicht dazu hergebe, die erste Bresche in die Sonntagsruhe zu schlagen. Wir müssen den Arbeitern und Angestellten die Hand bieten, um ihnen die Sonntagsruhe zu erhalten. Das Gesetz wünsche auch, daß die Sonntagsruhe eingehalten werde, da es für die Sendungen mit amtlichen Terminen, die an Sonntagen nicht zugestellt werden können, einen Tag Spielraum läßt. Es müsse eben unterschieden werden zwischen Betrieben, die allgemein oder auch am Sonntag lebenswichtig sind. Ein Kartoffelladen sei ja schließlich auch ein lebenswichtiger Betrieb, und doch könne man am Sonntag keine Kartoffeln kaufen.** Stdtr. **Jansohn** (Deutschnat.) hielt die Bestrebungen Bayerns auf Einführung der Sonntagsruhe im ganzen Reich für aussichtslos; man könne nur darauf bestehen, daß Bayern von der Reichspost gleich behandelt werde.

Antrag 1: die Briefzustellung solle am Werktag wie vor dem Krieg durchgeführt werden, wurde einstimmig angenommen, Antrag 2: die Sonntagszustellung solle in Bayern eingeführt werden, wurde abgelehnt. Der dritte Antrag auf Aufhebung der Sonntagszustellung im ganzen Reich fand einstimmige Annahme.

Austritt aus dem kommunistischen Stadtrat

Stadtrat Schaur gab folgende Erklärung ab: „In der Funktionärsitzung der Kommunistischen Partei wurden Anschauungen vertreten und Beschlüsse gefaßt, die anzuerkennen ich nicht in der Lage bin. Diese Beschlüsse aber welche ihre Schatten auch in die kommunistischen Stadtratsfraktion werfen, machen es mir unmöglich, dieser Fraktion länger anzugehören. Ich erkläre deshalb mit Heutigem meinen Austritt aus der kommunistischen Stadtratsfraktion."

Die Fraktion verlangte hierauf die Rückgabe des Mandats von Scheuer. Dieser blieb zunächst der Sitzung fern.

Das Moskauer Diktat. Zur Erklärung des Stadtrats Schaur gab namens der Kommunistischen Fraktion Stadtrat Joseph Huber folgende Erklärung ab: Der Kollege Schaur ist vom revolutionären Proletariat in den Stadtrat gewählt. Sein Verhalten jedoch entspricht nicht der Auffassung unserer Wähler. Aus diesem Grunde verlangt die revolutionäre Arbeiterschaft von Kollegen Schaur die Zurückgabe seines Mandats an die Partei, die ihm dasselbe übergeben hat.

Bayer. Zentrallandwirtschaftsfest 1925 vom 25. September mit 4. Oktober in Verbindung mit dem Münchener Oktoberfest. Zeiteinteilung: Freitag, 25. Sept., vorm. 8 Uhr: Beginn der Ausstellung; Preisrichten der Ausstellungstiere. Samstag, vorm. 9.30 Uhr: Feierliche Eröffnung der Ausstellung durch den 1. Präsidenten der Landesbauernkammer im „Großen Ring" im Ausstellungsgelände. Ansprachen der Herren Vertreter der Staatsregierung und des Stadtrates München. Anschließend: Rundgang zur Besichtigung der Ausstellung. Nachm. 3 Uhr: Vorführung der prämiierten Tiere im „Großen Ring". Sonntag, vorm. 10 Uhr und nachm. 2 Uhr: Vorführung der prämiierten Tiere im „Großen Ring". Die Nachmittagsvorführung ist verbunden mit der feierlichen Preisverteilung, die Herr Ministerpräsident Dr. Held vornehmen wird. Montag: vorm. 10 Uhr und nachm. 3 Uhr: Vorführung der prämiierten Tiere im „Großen Ring". Mittwoch, 30. Sept. mit Sonntag, 4. Okt.: Jeden Nachmittag Reit-, Fahr- und Springturniere im „Großen Ring"; reiterliche Vorführungen der bayerischen ländlichen Reitervereine.

Konzessionserteilung: In der Sitzung des Hauptausschusses als Senat am 17. September 1925 wurden nachstehende Schankwirtschaften genehmigt: Fenzl Otto, Rosenheimerstraße 79, Dr. Martin Luible (Vereinswirtschaft) Georgenstr. 61. Die Genehmigung zur Führung einer Weinwirtschaft erhielt: Barth Karl, Westenriederstr. 7; zur Führung einer Kantine: Meßmer Ludwig, Ecke Loh- und Kreittmayrstraße zur Führung eines Kaffeeausschank in der Konditorei Mayer Karl Friedrich, Jägerstr. 2. Die Erlaubnis gem. § 42 a Abs. III RGewO. (Ausschank geistiger Getränke während des Oktoberfestes vom 19. Sept. bis 4. Oktober 1925) erhielt: Müller Karl, Loe Rudolf, Joa Anna, Wagner Ottmar und Max, Kondrat Anton, Schottenhamel Michael, Haustein Clemens, Pravida Jos., Foag Franz Xaver, Murr Max, Haftreiter Anton, Heinz Joseph, Bauer Amanda, Taebel Gustav, Lichtus Jakob, Rößler Alois, Haberl Michael, Wittenzellner Felix, Schiegl Jakob und Troppmann Max.

Ein Antrag auf Erteilung der weiteren Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen wurde ebenfalls genehmigt.

Miete für Oktober. Die Miete für Oktober ist, nach einer Bekanntmachung des Ministeriums für Soziale Fürsorge, die gleiche wie im September. Für München beträgt sie 94 Prozent der Friedensmiete, für das Land 95 Prozent.

Verkehr bei der städt. Pfandleihanstalt. Im August 1925 wies die Pfänder- und Kapitalienbewegung bei der städt. Pfandleihanstalt folgende Ziffern auf: Pfänder Zugang: 14 695 (Juli 15 792, Pfänder-Abgang 14 238 (14 194), demnach Mehrung: 657 (1598); Neubelehnungen: M. 315 561 (354.951), Rückzahlungen: 298 827 (361 237) demnach Mehrung: 16 734 (6286 Minderung).

Vortragsreise. Dem Landesverband Bayern des Vereins für das Deutschtum im Auslande ist es gelungen, den in der kolonialen Aufklärungsarbeit sehr erfahrenen und wohlbekannten Geh. Schulrat, Oberstudiendirektor Dr. Rassow zu einer Vortragsreise in Bayern zu gewinnen. Herr Geh. Schulrat Dr. Rassow beabsichtigt besonders vor den Schulgruppen des V.D.A. und in den Volksschulen zu sprechen, um hier wichtige Pionierarbeit für die Förderung des kolonialen Gedankens zu leisten.

Devisenvergehen. Der Bankprokurist Dr. Wilhelm Ruckdeschel war vom Schöffengericht München wegen Vergehens gegen die Devisenverordnungen verurteilt worden. Auf seine Berufung hin wurde er vor der Strafkammer des Landgerichts München I freigesprochen. Die Berufung des Staatsanwalts auf Straferhöhung wurde abgewiesen.

Inkrafttreten des Winterfahrplan-Abschnittes. Der Winterfahrplanabschnitt beginnt nicht, wie allgemein angenommen wird, am 1. Okt., sondern am Sonntag, den 4. Okt. Sämtliche Züge, die in dem ab Juni und Juli 1925 gültigen Fahrplan nur bis 30. September vorgesehen sind, verkehren deshalb noch bis Samstag, den 3. Okt. An wichtigeren Zügen werden bis einschließlich 3. Oktober durchgeführt: Die Schnellzüge 163, 164, 165 und 166 zwischen München und Innsbruck, die D-Züge 263 und 264 zwischen München (über Aschaffenburg) und Holland, die D-Züge 115 und 116 zwischen Bamberg und Saarbrücken, die D-Züge 157 und 158 zwischen Würzburg und Frankfurt am Main, D-Zug 90 zwischen Würzburg und München und die Eilzüge 72 und 73 zwischen Lindau und Friedrichshafen. Am 4. Oktober verkehrt von München nach Würzburg noch der D-Zug 89. Der D-Zug 126 nach der Schweiz wird letztmals in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober und der Gegenzug D 125 (aus der Schweiz) letztmals am 1. Oktober durchgeführt.

Falsche Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark mit dem Datum des 11. Oktober 1924 sind im Umlauf. Das Wasserzeichen ist stellenweise kräftig und scharfkantig, stellenweise kaum sichtbar nachgebildet, die Pflanzenfasern sind aufgeklebt, am Frauenbildnis ist die Augen-, Nasen- und Mundzeichnung in dicken Linien ausgeführt.

Zum Tod der Prinzessin Therese von Bayern. Bürgermeister Dr. Küfner gedachte im Stadtrat des Ablebens der Prinzessin Therese mit folgenden Worten:

Prinzessin Therese, die einzige Tochter unseres allverehrten verewigten Prinzregenten Luitpold, ist am Samstag, den 19. d. M., in Villa Amsee bei Lindau gestorben. Die Verstorbene hatte zwei Haupttätigkeitsgebiete: die Wissenschaft und die Wohltätigkeit. Ihre Bedeutung auf ersterem Gebiete wurde von angesehensten wissenschaftlichen Instituten des In- und Auslandes durch hohe Auszeichnungen anerkannt, mit ihrer so vielfältig geübten Wohltätigkeit hat sie im Frieden und im Kriege viele Tränen getrocknet, und alle, die ihre edle Menschlichkeit verspüren durften, wissen ihr innigen Dank. Auch wir haben allen Anlaß, der allgemein hochverehrten und geliebten Verstorbenen in Verehrung und Dankbarkeit über das Grab hinaus zu gedenken. Ihr Andenken wird bei uns für alle Zeiten als das einer bedeutenden, edlen schlichten deutschen Frau in Ehren gehalten werden."

Winke für die Hausfrauen

Auf dem diesjährigen Oktoberfest sind zum erstenmal die in den letzten Jahren gemachten Errungenschaften auf dem Gebiete der Küchengasfeuerungen zur Anwendung gebracht worden. In dem an der Mozartstraße gelegenen Riesen-Bierpalast der Löwenbräu-Aktiengesellschaft, dessen Betrieb unter der anerkannt fachmännischen Leitung des Herrn Haftreiter steht, gelangte nämlich eine Großgasküche aus der Produktion der auf diesem Gebiet weltberühmten Junker & Ruh-Werke, A.-G., Karlsruhe, zur Aufstellung. Die technisch vollendete Konstruktion, bestehend aus einem Großküchen-Gasherd mit zwölf offenen Feuerstellen verschiedener Brennergrößen, drei Heizplatten zum Fertigkochen der Speisen, untergebautem Wärmeschrank mit Schiebetüren, zwei Etagenbrat- und Backöfen mit regulierbarer Ober- und Unterhitze, und zwei Spezial-Tischkochern für Suppen- und Wursttöpfe, ermöglicht es, jedem denkbar größten Stoßbetrieb in einer unglaublich kurzen Zeit gerecht zu werden. Die Leistungsfähigkeit dieser Einrichtung geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß neben der Zubereitung von Essen für 1200 Personen auch drei bis vier Zentner Fleisch innerhalb zwei Stunden fertig gebraten werden können, ohne die Spezialkocher für Suppen und ähnliche Topfgerichte in Anspruch nehmen zu müssen. Die außerordentlich große Wirtschaftlichkeit der Gasfeuerung im Großen, wie im Kleinen, die sich in sofortiger Betriebsbereitschaft, größter Reinlichkeit durch Wegfall von Ruß und Asche, Regulierfähigkeit des Brennstoffverbrauches ꝛc. und daher in einer erheblichen Ersparnis von Betriebsunkosten ausdrückt, ist daher für jeden, insbesondere für die Großkücheninhaber oder deren Betriebsleiter von so großer Wichtigkeit, daß die Erwägung, ihren Betrieb mit derartigen Einrichtungen zu versehen, in eigenstem Interesse bereits zur Pflicht geworden ist. Die Gelegenheit, einen Großküchenbetrieb in dem Ausmaße, wie er in dem Löwenbräu-Bierpalast auf der Oktober-Festwiese durchgeführt ist, praktisch in Betrieb sehen und studieren zu können, ist daher außerordentlich wertvoll und sollte kein Interessent es versäumen, sie wahrzunehmen. Dieses Moment wird noch erheblich erhöht durch die Möglichkeit, alle gewünschten Auskünfte sich unverbindlich zu erholen bei der Firma Bruno Kürth & Co., München, Sonnenstraße 4, — also in der Nähe der Festwiese —, die als Vertreterin der Junker & Ruh-Fabrikate die Einrichtung der oben behandelten Großgasküche besorgt und die Wirtschaftlichkeit einer solchen durch Anlage im Hotel „Schwarzer Adler", Paul Heyse, Pfälzer Weinstube im Ausstellungspark, Restauration „Luisenquelle" usw., reiflich erprobt hat.

Eine Kostprobe beweist, wie irrtümlich die vielfach von Hausfrauen gehegte Anschauung ist, daß die Speisen „nach Gas riechen" würden. Im Gegenteil ist zu betonen, daß die Speisen aller Art weit wohlschmeckender sind als die meist ausgedörrten, saftlosen Braten aus dem Kohlenherd.

*

Verbandstag der weiblichen Handels- und Büroangestellten

Im Rahmen der zweiten Arbeitstagung des Gaues Bayern im Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten fand eine öffentliche Veranstaltung statt, zu der sich zahlreiche Vertreter von Behörden, des Stadtrates und befreundeter Verbände eingefunden hatten. Gauleiterin, Frl. Franziska Harder, hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Lage der weiblichen Angestellten", die seit dem Kriege ein verändertes Bild zeige. Vor dem Kriege war die berufliche und gesellschaftliche Geltung der verdienenden Frauen nicht geregelt. Die Nachkriegszeit hat den weiblichen Angestellten ein Recht auf den Tarifvertrag gebracht. Nach einem längeren Referate des Hauptvorstandmitgliedes und Mitgliedes des Reichswirtschaftsrates, Frl. Agnes Möhrke, Berlin, über „Soziale Gesetzgebung und weibliche Angestellte" wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der das Reichsarbeitsministerium ersucht wird, auf beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung hinzuwirken.

Eine Entschließung wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen den Entwurf des Staatsministeriums für soziale Fürsorge zur Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 30. Juli 1925, der geeignet sei, die Sonntagsruhe in Bayern fast vollständig zu beseitigen. Weder die wirtschaftlichen, noch die sozialen Verhältnisse Bayerns sprechen für eine Aufhebung der Sonntagsruhe. Unter Bezug auf die früheren, eingehend begründeten Eingaben ersucht die Arbeitstagung die Staatsregierung und den Landtag, den vorliegenden Entwurf zu verwerfen, dafür aber die Reichsregierung zu ersuchen, durch reichsgesetzliche Regelung die völlige Sonntagsruhe herbeizuführen.

Briefkasten

Dingolfing: Linoleumläufer in guter Qualität liefert Teppichhaus Horn am Stachus, München.

Wetterbericht vom 23. September 1925. Auffrischende westliche Winde, Bewölkungszunahme, Niederschläge, Temperaturrückgang.

Letzte Nachrichten

Beratungen der Deutschnationalen über den Sicherheitspakt.

Berlin, 23. Sept. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute Vormittag ihre Beratungen über den Sicherheitspakt fortgesetzt. Bis zur Mittagsstunde erstattete Graf Westarp, der Vorsitzende der Fraktion, den Bericht über die politische Lage.

Fliegerunglück bei Bromberg.

Bromberg, 23. Sept. Ein schweres Fliegerunglück ereignete sich am 22. September auf dem hiesigen Flugplatz. Einem Flugzeug, das sich in 600 Meter Höhe befand, wurden durch Windböen die Drahtflächen zerbrochen und der Apparat sauste in die Tiefe. Die Maschine wurde vollständig zertrümmert und die beiden Insassen Oberleutnant Globski als Pilot, und Feldwebel Victorowski als Beobachter konnten nur als verstümmelte Leichen geborgen werden.

1600 Kommunistenverhaftungen in Italien.

Rom, 23. Sept. Die Polizei setzt die Kommunistenverhaftungen fort, die bereits die Höhe von 1600 Festgenommenen erreicht hat. Es sollen bis ins Einzelne gehende Pläne gefunden worden sein, nach denen durch Provokation der Faschisten in nächster Zeit ein Bürgerkrieg in Italien ausbrechen sollte.

Polen beabsichtigt in Danzig eine Militärwache zu halten.

Genf, 22. September. Nachdem am Samstag der Völkerbundsrat entschieden hat, daß gewisse Teile auf der Westernplatte in Danzig für Zwecke eines polnischen Munitionslagers abgegrenzt, und Polen übergeben werden sollen, hat nach einer soeben an die Ratsmitglieder verbreiteten Mitteilung des Danziger Hafenkommissars Polen die Absicht, auf dem Gelände auch eine militärische Wache von mindestens 88 Mann zu unterhalten, um die von Zeit zu Zeit eintreffenden Munitionstransporte zu schützen. Der Völkerbundskommissar legt dem Rat die Frage vor, ob diese Absicht zu Recht bestehe, da auf Veranlassung des Rates seinerzeit in die Danziger Verfassung eine Bestimmung aufgenommen worden ist, wonach in der Freien Stadt Danzig ohne Genehmigung des Völkerbundes weder Flotten, noch Militärstützpunkte eingerichtet werden dürfen. Es scheint dem Völkerbundskommissar einer Klärung zu bedürfen, ob die polnischen Absichten etwas Ähnliches bedeuten, besonders angesichts dessen, daß Polen schon den Danziger Hafen mit 15 Kriegsschiffen, die eine Besatzung von 600 Mann zählt, benützt.

Werbt für den Völk. Beobachter!

Ich gestehe aufrichtig, daß die semitische Rasse, verglichen mit der indoeuropäischen, wirklich einen minderwertigen Typus darstellt.

Ernst Renan.
(Aus: Histoire generale.)

Plauderei aus Marienbad

Marienbad, unstreitig nächst Karlsbad das schönste und herrlichst gelegene Bad der böhmischen, jetzt leider tschechischen Bäder. Eingebettet in einem Waldthal, hat man die prachtvollen Wälder in unmittelbarer Nähe; tritt man aus dem Hause, ist man mit wenigen Schritten im Walde. Diese ozonreichen Nadelholzwälder, im Sommer Schatten spendend, bei Regenwetter auf den sorgfältig gehaltenen Wegen fast noch genußreicher zu begehen. Die gesunde reine Luft, keine hohen Schornsteine, wie in Karlsbad, das Bergsteigen, das die verräucherten Großstadtlungen auspumpt, die vorzüglichen Moor- und Kohlensäurebäder, der weltbekannte Kreuzbrunnen und andere Brunnen, das Alles wirkt wie ein Jungbrunnen und nach 4wöchentlicher Kur geht man, gestärkt an Leib und Seele, nach Hause, an Körpergewicht und Fett gemindert, aber auch am Geldbeutel, denn wenn auch die Mark 8 tschechische Kronen wert ist, die Preise passen sich dem an, sind aber erträglich zu nennen.

Dieses herrliche Flecken Erde aber ist auch gleich Kissingen ein Eldorado der Juden.

„O Herr, wo du ein Plätzchen schufft,
So reich bedacht mit deinem Segen,
Stößt man auf lange Nasen hin
Und Plattfüß' auf allen Wegen."

Ein Marienbader Hotelwirt versicherte mir, 75 Prozent der Besucher sind Juden, im Juli und August steigert sich der Prozentsatz noch. Das regt zum Nachdenken an. Der Hauptteil der Besucher sind Reichsdeutsche. Wenn man den Prozentsatz der Juden zur Bevölkerung in Deutschland mit 1 Prozent annimmt, so müßte, wenn die Güter des Lebens gleichmäßig verteilt wären, unter hundert Besuchern ein Jude sein, derweil sind von 100 Besuchern 75 Juden. Wer hat es also verstanden, das Geld an sich zu reißen? In andern Bädern, Wiesbaden, Kissingen, Karlsbad usw. ist es genau so. Wenn man bei der Anmeldung seines Aufenthaltes gezwungen wäre, seine Religion anzugeben, man würde staunen, so mancher Jude hat nicht das Aussehen eines solchen, obgleich sie ja der Herrgott zur Warnung wie ein giftiges Reptil gezeichnet hat. So mancher nennt sich religionslos, versteckt sich dahinter. Was war das erste Gesetz, das nach der glorreichen Revolution eingebracht wurde? Daß man behördlich keine Religionsangabe zu machen braucht. Wer hat Interesse daran, seine Religion zu verschweigen. Kein Mensch wie der Jude, weil er weiß, daß er unter diesem Mäntelchen den Goy besser täuschen und ausbeuten kann. Wenn man ein Lokal oder Waldcafé betritt, welches von den Juden bevorzugt wird, kommt man sich wie ein Eindringling vor; ein mir bekannter Herr, sogar waschechter Demokrat, sagte einmal zu mir: „Wollen wir gehen, man hat hier das Gefühl, als ob alle Augenblicke eine Christenverfolgung ausbricht!"

Nach dieser Abschweifung noch einiges über Leben und Treiben in Marienbad. Fast ausnahmslos beherbergt jedes Haus Badegäste, selten mit Pension. Frühstück, Mittag- und Abendessen nimmt man in Cafés, Hotels und Restaurationen, wo es einem beliebt. Des Morgens um 7 Uhr spielt die Kurkapelle auf der Kreuzbrunnen-Kolonnade, zuerst einen Choral, welchen die Kurgäste barhäuptig anhören. Da sind die Christen noch unter sich; der Jude, wenn er überhaupt schon da ist, hält sich so lange fern, die meist jüdischen Herrschaften samt Anhang haben noch nicht ausgeschlafen von ihren abendlichen Anstrengungen in den Konditoreien. Dielen und Jazztänzen, sie kommen erst später zum Brunnen angehatscht; der aus dem Osten stammende Teil der Kaftanjuden stellt seinen Teil dazu.

Man trinkt nun seine zwei Glas Kreuzbrunnen langsam aus und macht sich auf den Weg zu einem Waldkaffee, um zu frühstücken. Der Kreuzbrunnen tut seine Schuldigkeit, früher oder später . . . Diese vierwöchentliche Durchspülung aller Kanäle des Leibes reinigt den Organismus des Körpers, entfernt überflüssiges Fett und macht zuletzt froh und leicht.

Man nennt Marienbad das Bad der brutal Gesunden, darum sieht man hier so viele dicke Männer und Frauen, welche alle hier abnehmen, Fett verlieren wollen. Man kann es beobachten, wie diese bedauernswerten Fettleibigen bei ihrer Ankunft sich nur mühsam dahin schleppen und nach einiger Zeit viel leichter gehen und sogar Bergsteigen können.

Ich lernte einmal einen Chemnitzer Gastwirt, einen echt roten Genossen, mit einem stattlichen Bauch hier kennen. Der nannte Marienbad das Bad des sattgefressenen Bürgertums. Er hatte so unrecht nicht, aber die sattgefressenen Bürger von früher, die fehlen jetzt, denen hat die von den Juden hervorgerufene Inflation das Kommen unmöglich gemacht. Das Bild hat sich geändert, der gute alte Bürgerstand fehlt, dafür sind die Neureichen und vor allem das sattgefressene, in Geld schier erstickende Judentum zur Stelle. Dieser rote Genosse aus Chemnitz scheute sich aber auch nicht, den von den Groschen der Arbeiter angemästeten Bauch hier wieder los werden zu wollen. Ich sagte ihm dies, und er meinte lachend, er habe es auch sauer verdienen müssen, womit er nicht hoffentlich seinen Wein oder sein Bier gemeint hat.

Man bezeichnet die Frühstücks- oder Kaffeestunde in Marienbad, und nicht mit Unrecht, die schönste vom Tage, wenn man endlich um 9 oder ½10 Uhr seinem ausgehungerten Magen den vorzüglichen Kaffee mit ausgezeichnetem Gebäck zuführt. Die Bedienung ist überall aufmerksam, die Kaffeemädchen kennen ihre Stammgäste, halten die Plätze bereit, und hüllen die Gäste in warme Decken ein. Die Mädchen tragen alle eine große Nummer auf der Brust, eine Nummer 13 gibt es aber nicht, wohl 12a, denn auch der Kurgast ist abergläubisch. In manchen Kaffees sind die Mädchen auch kostümiert, z. B. als Rotkäppchen oder Egerländerinnen. Nach dem Frühstück geht man wieder spazieren oder nimmt sein Bad, wie es der Arzt vorschreibt, ohne ärztliche Vorschrift werden keine Bäder verabreicht. Nach Tisch ruht man, selbst in allen Waldcafés sind bequeme Liegestühle mit Wolldecken.

Nach dem Ausruhen pilgert man wieder in ein Waldcafé, fast überall Konzert und Jazztanz. Nur das schöne Café Egerländer, wohl das größte in Marienbad, hat keine Musik und ist darum gerade am besten besucht. Für Bequeme und die es sich leisten können, gibt es unzählige Droschken und Autos. Abends von 6—7 Uhr wieder Konzert des Kurorchesters. Nach dem Abendessen entwickelt sich dann das Leben bis 10, 11 Uhr in der Kaiserstraße, jetzt nach tschechoslowakischem Verbot Hauptstraße genannt, da nichts mehr an die alte Monarchie erinnern soll. Der Name Kaiserstraße ist staatsgefährlich!! Da flaniert dann das Judentum, die mit Brillanten besetzten fetten Judenweiber, daß man ruhig sagen kann:

Ach wie herrlich ist's hienieden,
Wo man hinspuckt, alles Jüden.

Berliner, Wiener, Prager Juden in allen Typen, doch auch alle anderen Juden des Kontinents wissen Marienbad zu schätzen. Alle Schaufenster der zahlreichen Läden hell erleuchtet, alle Cafés und Konditoreien dicht besetzt, Tanzpaläste, Jazztanz überall, da ist der Jude in seinem Element, während der gewissenhafte Kurgast zeitig zu Bett und frühzeitig aufsteht. Hier wäre noch einzuflechten, Marienbad liegt ziemlich hoch — 721 Meter — daher herrscht eine erquickende und erfrischende Abendkühle und Morgenfrische, selbst nach den heißesten Tagen so daß man Nachts gut schläft.

Wie die Tschechen krankhaft bemüht sind, alles Deutsche zu unterdrücken, ist empörend und traurig, wirkt häufig sogar lächerlich. Das ganze Westböhmen, das Egerland ist gut deutsch. Alle Regierungsbehörden, alle Eisenbahner sind Tschechen, alle Straßennamen, alle Aufschriften, alle Speisekarten sind zuerst tschechisch, dann deutsch. Die Tschechen fühlen sich förmlich als Mittelpunkt der Erde, um die sich alles dreht! Sie täuschen sich aber gründlich, es wird einmal anders kommen, wenn der Franzose seine schützende Hand nicht mehr über die sogenannte Tschechoslowakei halten kann!

Aber auch hier sieht man wieder, wie der Jude stets mit unseren Feinden paktiert, wie er den aufrechten Deutschen, der seine deutsche Gesinnung nicht verleugnen will, bekämpft. Da wurde heuer in Marienbad ein vornehmes, schön gelegenes Restaurant und Café eröffnet. Der Besitzer, ein gut deutsch gesinnter Marienbader, wurde von den Marienbader Juden in Verruf erklärt und den jüdischen Kurgästen gleich vorweg gesagt: „Dort dürft Ihr nicht hingehen, der Mann ist Hakenkreuzler!" Da rafften sich die deutschen Christen aber auch auf, und der Besuch dieses Cafés wurde sogar ein sehr guter. Schließlich fanden sich Juden aus Neugierde auch ein.

Zum Schlusse möchte ich betonen, daß es verfehlt wäre, wegen der Tschechen nicht nach Marienbad zu gehen; im Gegenteil, man muß es besuchen, um so das gewaltsam unterdrückte Deutschtum zu stärken.

Ein alter Kurgast.

Allerlei von Gottfried Keller

Der greise Dichter Gottfried Keller hatte in Zürich in geselligem Kreise einen festlichen Abend verbracht. Endlich nahm man Abschied und Keller machte sich mit seinen beiden Malerfreunden, Arnold Böcklin und Martin Koller, in rosigster Laune auf den Heimweg. In der Nacht war das bisherige Tauwetter einem Frost gewichen, und auf dem etwas steilen Weg, der vom „Künstlergütchen" in die Stadt hinunter führt, glitt Koller, der am Arm Böcklins ging, aus und riß den Freund im Sturz mit. Keller half ihnen wieder auf die Beine. Nun wollte aber weder Böcklin noch Koller zuerst gestürzt sein. Sie riefen deshalb Keller als Schiedsrichter an. Da sagte der Dichter: „Ihr Sapperloter! Ich weiß nicht, ob der Koller über den Böcklin gekollert, oder der Böcklin über den Koller gebäckelt ist."

*

Zu früh der Selbsterziehung überlassen, bedurfte Gottfried Keller von Zeit zu Zeit einer „Anregung von außen", um seinem sittlichen Wachstum einen Ruck zu geben. Nur zu oft setzte er sich über alle Regeln des Anstandes weg, nahm aber eine offene, derbe Zurechtweisung ruhig hin; denn ein ehrlicher Gegner war ihm lieber als Schmeichler, die ihn nur zu häufig umgaben. An einem Sonntagmorgen spazierte Keller mit einem seiner Freunde und Verehrer in der Umgegend von Zürich. Wie sie nun im eifrigen Gespräch eine Dorfstraße entlang schritten, bog plötzlich ein Leichenzug in diese ein. Als der Leichenwagen an den beiden vorbeifuhr, lüftete Kellers Begleiter, wie es die gute Sitte erheischt, seinen Hut, während der Dichter, obschon dem Wagen zunächst, nicht daran dachte. Die Ungezogenheit verletzte die Bauern, und plötzlich schlug einer der letzten im Zug, ein alter, stämmiger Mann, Keller den Hut vom Kopf. Der Dichter hob ihn auf, sah dem Bauern verblüfft nach und wischte den staubigen Hut mit dem Ärmel ab. Sein Verehrer, tief empört, daß man gewagt hatte, dem berühmten Manne so zu begegnen, grollte: „So ein frecher Kerl, der weiß auch nicht, was Anstand ist!" Da wandte sich Gottfried Keller um und sagte trocken: „Der bin ich."

Theater-Museum, Clara Ziegler-Stiftung, München

Das Theater-Museum hat seit Samstag, den 19. September wieder ständig von 10—1 Uhr früh und von 3—5 Uhr nachmittags, für den allgemeinen Besuch geöffnet. Die Sammlung zerfällt in 2 Teile, wovon sich der erste im Studiensaale des Bayr. Nationalmuseums und der andere im eigentlichen Theater-Museum an der Königinstr. befindet. Die erste Abteilung, umfaßt das Theater des Mittelalters bis zur Oper des Barock, und ist in vier Sälen untergebracht; wogegen die andere Abteilung (Königinstr.) die Zeit vor Beginn des deutschen Schauspiels bis zum Theater der Gegenwart. Die Ausstellung empfiehlt sich dem Laien ebenso wie dem Fachkenner.

Aus der Bewegung

Erklärung!

Der Nationale Volksbund erklärt in einer offiziellen Verlautbarung seiner Landesleitung gezeichnet Dregler und Dörfler, daß er mit der Versammlung des Herrn Plümer im Kreuzbräusaal zu München nicht nur nichts zu tun habe, sondern durch die Ausschreibung der Versammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt worden sei.

Zur Steuer der objektiven Wahrheit muß demgegenüber festgestellt werden, daß die Parteileitung der N.S.D.A.P. schriftliche Unterlagen dafür besitzt, daß am 16. September im Landtag eine Besprechung des Landesleiters Dregler und anderer Herren der völkischen Landtagsfraktion mit Herrn Plümer stattfand, in der man die Frage der Verantwortung für die Kreuzbräuversammlung diskutierte und sich dahin einigte, daß man aus taktischen Gründen die Verantwortung einem für diesen Zweck zu bildenden sogenannten Ausschuß übertragen müsse.

Die Parteileitung.

Abrechnung mit dem „Verräterkonzern“

Der Bürgerbräusaal war schon lange vor Beginn der Versammlung bis zum letzten Platz gefüllt. Er herrschte eine ruhige Stimmung, die durch keine Zwischenfälle gestört wurde. Die Polizei hielt sich diesmal im Hintergrunde, unterließ auch die Durchsuchung der Besucher auf Waffen. Wer von den Gegnern anwesend war, blieb unbemerkt.

Bei Eröffnung der Versammlung gab Pg. Esser bekannt, warum Adolf Hitler nicht erschienen sei. Solange das allem Recht und Gesetz hohnsprechende Redeverbot besteht, wolle er nicht als Angeklagter, Verfehmter, Bespuckter dasitzen, ohne sich um seine Ehre wehren zu können. Ehe das Verbot nicht aufgehoben ist, betrete er den Saal nicht wieder. Er lasse die Versammlung aber herzlich grüßen. Sodann verliest Esser den an anderer Stelle abgedruckten Aufruf Adolf Hitlers. Brausender Beifall der Versammlung nahm diese Erklärung des Führers auf. Dann zerpflückte Esser den taktischen Rückzug der „Schlauen“ vom „Volksbund“, die reichlich spät von Plümer abzurücken versuchen. Die Erklärung, daß der „Volksbund“ nichts mit dieser Angelegenheit zu tun habe, sei an Dr. Buttmann gerichtet worden, sie trug keine richtige Unterschrift. Es muß nochmals betont werden, daß es sich nicht um Plümer allein handle, denn auch Abg. Frühauf halte mit seinen Angriffen nicht zurück. Sollte dieser Volksbund nochmals wagen, unsere Führer anzugreifen, so werden wir wieder zur Stelle sein.

Hierauf begann **Dr. Buttmann** mit seinen Ausführungen, denen er eine kurze Betrachtung über das Verhältnis der Führer zur Masse voranschickte.

Die Führer hätten nicht das Recht, auf die Masse verächtlich herabzublicken, die sich 1918 von ihnen hätten vorschicken lassen. Der wahre Führer, der Demagoge im besten Sinne des Wortes, will sie veredeln und zum Volk erziehen, wie es **Adolf Hitler** getan hat. Man muß die Berechtigung zum Führer haben, was von den Parteiführern, den „Volksverführern“, nicht gesagt werden könne. Es wird beim Führer nicht darnach gefragt, ob er sich auf alte zerrissene Gesetze (z. B. über die Erbfolge) berufe, die gerade von jenen Leuten 1918 nicht verteidigt worden sei, die sich heute auf sie berufen, sondern ob sein Wollen ehrlich war und er das Wohl des ganzen Volkes im Auge habe. Adolf Hitler sei eben ein Volksführer, der das Vertrauen der Massen besäße. Die Gegner wagen gegen ihn nur mit Wortbruch und Feuerüberfall zu antworten, wie Herr von Kahr, da man mit den Mitteln der Gerechtigkeit ihm nichts anhaben könnte. Das Vertrauen der Massen blieb Adolf Hitler auch noch 1923 erhalten und kam in den April- und Maiwahlen 1925 zum Ausdruck. Die besten Wahlreden wurden im Gerichtssaal gehalten.

Dann kam der Abstieg! Er vollzog sich umso schneller, je mehr Adolf Hitler ausgeschaltet wurde. Als Grund für den Rückgang kann man angeben: 1. Man hat übertriebene Erwartungen auf die Bewegung gesetzt, und von ihr gehofft, daß sie von heute auf morgen eine Änderung herbeiführen werde, obgleich schon vor der Wahl vor solcher Hoffnung gewarnt wurde. Der Wahlerfolg sollte nur der erste Axthieb sein. Dazu kam die Stabilisierung der Währung, die auf den Spießbürger einschläfernd wirkte, er schöpfte Atem und neue Hoffnung und wählte die gedämpft-radikale vornehme bürgerliche Partei. 2. Der innere Geist der Bewegung 1924.

Dr. Buttmann bekannte hier mit anerkennenswerter Offenheit auch seine Schuld. Allerdings sei er von der ersten offenen Abschüttelung Essers überrascht worden und er habe auch die Ausschluß-Formel nicht verfaßt; allerdings habe er damals den schärfsten Kampf gegen Esser geführt, aber schon damals gehofft, daß sie sich wieder „zusammenraufen“ werden. Der Riß sei durch das ganze Reich gegangen. Hie deutschvölkisch, hie nationalsozialistisch!

Der Reichsführerschaft ist die Einigung nicht gelungen, wenn sie auch notwendig war, zum Kampf gegen die Dawesgesetze. Es fehlte der Aufbau von unten her, zumal die Zeit zu kurz war, das einheitliche Kommando drang jedenfalls nicht durch. Vor allem spielte der Streit um die Benennung eine große Rolle. Die Streitigkeit wirkten in der Öffentlichkeit abstoßend, die Ersatzführerschaft versagte, sie wurde weder im Norden noch im Süden anerkannt, auch im Landtag saßen die heterogensten Elemente. So wurde der Wahlerfolg zu einem Mißerfolg im Dezember. Als Hitler aus der Festung kam, lehnte er es ab zu richten, sondern forderte auf zum bedingungslosen Beitritt.

Dr. B. gab die Hand zur Versöhnung gefühlsmäßig aus der plötzlichen inneren Erkenntnis (nicht „Bekenntnis“, wie der „Völk. Kurier“ tendenziös entstellt hatte.) Unter starkem Beifall rechnete Dr. Buttmann mit völkischen Schriftstellern ab, die diese Szene als „lächerliche Komödie“ bezeichnet hätten. Er habe seinen Schritt nicht bereuen müssen, sondern sei nachträglich gerechtfertigt worden. Er habe nachträglich Dinge erfahren, die die Ereignisse von 1924 anders beleuchten; auf alle Fälle verbitte er es sich, daß ihm ehrlose Handlung vorgeworfen würde. Er habe schon 1924 dieselbe Haltung Hitler gegenüber eingenommen. Nur 1923 hätte er sich in einigen Punkten von Hitler unterschieden, z. B. in der Auffassung der **nationalen Revolution**, an die er nicht gedacht hätte — doch solle man in der Politik von zukünftigen Dingen nie von einem „Niemals“ reden —; dann war er Monarchist, und sei es auch heute, die Staatsform — ob Diktatur, Erb- oder Wahlmonarchie, Präsidentschaft, — ist gleichgültig. Nur eins müsse betont werden: Rupprecht habe sich durch die Haltung im November 1923 mehr noch als 1918 unmöglich gemacht und endgültig versagt. Schließlich hatte er gegen die Bezeichnung National„sozialist“ Bedenken, da er es im Sinne der Marxisten verstand. Von diesen Irrtümern habe er sich nun zur Wahrheit durchgerungen und wolle nur für die gemeinsame Sache zum Wohl des Volkes arbeiten. Er habe die Zustimmung gerade von Ortsgruppen erhalten, in denen einfache Leute sitzen.

Adolf Hitler hat übrigens die erste Hand zur Versöhnung gar nicht, indem er zur Fraktion persönlich gegangen sei, wo man ihm erklärt habe, daß man im besten Einverständnis sei. Er habe keine Diktatur, keinen Sklavengehorsam verlangt, sondern wollte nur mit ihnen zusammenarbeiten.

Da sei plötzlich der „Nat.-soziale Volksbund“ gegründet worden, der dieselben Ziele verfolgte, „fernab von jeder Demagogie“. Der Name sei eigentümlich; er knüpfe an den Namen des Pfarrers Naumann an, der bei den Demokraten endigte. Es sei ein Zugeständnis an die Spießbürger, für die die Arbeiterpartei „untragbar“ sei. Der „Volksbund“ tage in geschlossenen Versammlungen, zu denen er durch Rundschreiben und von Mund zu Mund einlade. Er treibe unehrliche Agitation und mißbraucht einen Namen, der uns heilig sein sollte. **Exz. Ludendorff steht nicht dahinter und will auch den Streit nicht.**

Ludendorff will kein politischer Führer sein — das soll Adolf Hitler bleiben —, sondern er will Schirmherr sein für die Wehrtüchtigkeit der Jugend. (Wir verweisen hier auf die Erklärung Ludendorffs im „Völk. Beobachter“ Nr. 149 vom 23. Sept. 1925. Die Red.) Unter Beifall gibt er noch bekannt, daß die

Landtags-Fraktion der N.S.D.A.P.

mit 6 Vertretern gebildet ist (Buttmann, Holzwarth, Löw, Streicher, Wagner, Zipfel. Die Red.) Wir werden unsere Aufgabe als Oppositionspartei, unter gewissen Umständen als Regierungspartei erfüllen; wann, unter welchen Bedingungen und mit welchen Männern wir hierzu bereit wären, ist eine Frage, die nur im engsten Zusammenhang mit den Zielen Adolf Hitlers, wie sie außerhalb des Parlaments vertreten werden, gelöst würde. Nun ist die Bahn für nat.-soz. Arbeit frei! Kampf den Verrätern, Treue dem Führer!

Streicher bezeichnete das Vorgehen des Verräterkonzerns als Generaloffensive der Werkzeuge des Juden. Der persönliche Kampf sei ein altes Judenmittel, um politische Gegner zu erledigen. Es ist zu bedauern, daß auch der Name Ludendorffs durch einen jungen Mann, wie Plümer, in den weiten Streit hereingezogen wurde. Streicher bezeichnet den „Volksbund“ als einen Verein, der „ohne Volk“ dastehe und nichts hinter sich habe. Dörfler sei ohne sittliche Berechtigung gewählt worden, da er zugestandenermaßen niemals Antisemit war. Die weiteren Ergänzungen Streichers zum Gesamtthema wurden von der Versammlung mit lauter Zustimmung und heftigem Beifall aufgenommen.

Esser betonte noch, daß wir auf dem gleichen Wege unseren Zielen in der N.S.D.A.P. weiter gehen, da sich durch diese Zänkerei nichts geändert habe. Er unterstreicht den Unterschied zwischen dem wahren Sozialismus und dem marxistischen Sozialismus, den zu bekämpfen unsere erste Aufgabe ist, damit dieser Betrug an den Massen aufhöre. Wir werden keine Handlanger abgeben für die Kapitalisten, Monarchisten, Seperatisten und andere Sonderbestrebungen. Wir wollen ein freies, föderalistisches, völkisches soziales Großdeutschland. Esser beschloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf das soziale Deutschland.

Um ½12 Uhr schloß die Versammlung mit dem Hitlerlied. Die Massen begaben sich ruhig nach Hause ohne der Polizei die Freude zu machen. —

Frontkriegerbund, e. V., Bez.-Gr. Schwabing. Donnerstag, den 24. d. M., abends 8 Uhr, Familienzusammenkunft. Recht zahlreiche Beteiligung erwünscht. Lokal: Nordendturnhalle, Nordendstraße 33, Kneipzimmer.

Kriegsbeschädigten und erwerbslosen Parteigenossen ist Gelegenheit gegeben durch Vertrieb einer schlagenden Neuheit ausreichenden Verdienst zu finden. Zur Übersendung von Mustern 10 Pfennig Rückporto bei Anfrage beilegen. Anfragen an Hugo Beyermann, München, Schraudolphstraße 31/III. Muster wird nicht berechnet.

Sport

Turnier vom 30. September mit 4. Oktober anläßlich des Zentrallandwirtschaftsfestes 1925

Um in der Jugend den edlen Kern des deutschen Turniergeistes in der Spring-, Reit- und Fahrkunst fortzupflanzen, wirbt der Bayer. Landesturnierausschuß in Übereinstimmung mit der Landesbauernkammer um die Unterstützung aller deutschgesinnten Bürger.

Auf dem Lande wächst die Begeisterung der Jugend für die Teilnahme am Unterricht im Reiten und Fahren von Jahr zu Jahr, was in der Beteiligung an den Reit- und Fahrkursen sowie durch die Teilnahme an öffentlichen Leistungsprüfungen zum Ausdruck kommt.

In der Landeshauptstadt dagegen wird das Reiten und Fahren leider noch allzu sehr als ein luxuriöser Sport der reichen Leute gewertet, als ein Vergnügen, das eher zu bekämpfen als zu fördern wäre. Es muß auch der Jugend, die in der Großstadt aufwächst, gezeigt werden, daß das, was der Unverstand als das Vergnügen reicher Leute bezeichnet, eine harte ernste Arbeit für „Roß und Reiter“ ist, die geleistet und gepflegt werden muß, weil sie zur Stärkung des Machtbewußtseins wie als Leistungsprüfung für Zucht und Absatz des deutschen Warmblutpferdes unerläßlich, zudem für Körper und Geist die gesündeste Übung, für die Erziehung des Willens und der Entschlußkraft vorzüglich fördernd ist. Infolge des zunehmenden Kraftwagenverkehrs verlangt ferner die Verkehrssicherheit von den Pferden, Reitern und Fahrern mehr Übung, Gewandtheit und Nerv als zu Vaters Zeiten.

Der Landesturnierausschuß benützt deshalb die Gelegenheit, während des Oktoberfestes innerhalb der landwirtschaftlichen Ausstellung mit einem Reit- und Fahrturnier zu zeigen, daß die ländliche Jugend wie die Garde der Herrenreiter und Berufsreiter mit deutschen Pferden im Sattel und vor dem Wagen der Vergangenheit würdig an die Seite arbeiten wollen.

Wir wollen den Erfolg und den Sieg!

unsere Offensive gegen **Juda** und **Marxismus** geht weiter.

Es gibt kein Zurück!

Der Aufruf Adolf Hitlers zum Kampfe gegen den giftigsten Feind Deutschlands und der Welt ging bereits in über 100000 Exemplaren der Riesenauflage unserer Sondernummer gegen die „jüdisch-marxistische Pressecanaille“ ins Reich! Diese Sondernummer muß in jedes deutsche Haus und eine Millionenauflage erreichen. Bestellt sofort! Nachbestellungen werden bis 26. September angenommen! Nationalsozialisten! Beweist wieder einmal, daß Ihr nach Eurem Gewissen mit Adolf Hitler für das deutsche Volk handelt. Zeigt Euch wie Ihr seid: „Hart wie Kruppstahl, zäh wie Leder!“

Bestellschein

An Verlag
Völkischer Beobachter
Propaganda-Abteilung
München
Thierschstraße 15

Eingangs-Stempel

Diesen Raum nicht beschreiben

Senden Sie mir sofort

.... Exemplare der **„Sondernummer gegen die jüdisch-marxistische Pressecanaille.“** Preis à Exemplar 10 Pf.

Den Betrag von .... M. lege ich bei, — sandte ich gleichzeitig mittels Postanweisung an „Völkischer Beobachter“, München, Thierschstr. 15 — sandte ich auf Ihr Postscheckkonto Franz Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346

(Nichtzutreffendes streichen)

Adresse (Name): ....
Wohnort ....
Straße .... Nr. ....

Kasse: ....
Nr. ....
abges. am: ....

„Völkischer Beobachter“
Abteilung für Propaganda

Handel und Volkswirtschaft

Die renitente Dawesbahn

Die Eisenbahnerbewegung hatte in der letzten Zeit zusehends an Nachdruck gewonnen. So suchten im Reichsbahnbezirk Sachsen die Arbeiter durch Obstruktion und passive Resistenz einen Druck auf die Reichseisenbahnverwaltung auszuüben durch peinliche Befolgung aller Dienstvorschriften. Eine einwandfreiere Form der passiven Resistenz wird sich wohl nicht finden lassen.

Den Anlaß zu der ganzen Bewegung gibt das Verhalten der Reichsbahngesellschaft in der Lohnfrage. Vor einigen Tagen ist bekanntlich ein neuer Schiedsspruch gefällt worden, der für die Arbeitnehmer recht ungünstig ausgefallen ist. Während die Arbeitnehmer den Schiedsspruch abgelehnt haben, hat die Reichsbahnverwaltung ihn angenommen. Die Dresdener Eisenbahnverwaltung hat nun einen Einlenkungsversuch durch selbständige Lohnerhöhung gemacht, die über die Zugeständnisse der Reichsbahnen erheblich hinausgeht. Sie hat den Rangierern eine Schichtlohnerhöhung von weiteren 20 Pfennigen angeboten. Die Eisenbahner haben sich bisher aber geweigert, dieses Angebot anzunehmen mit der Begründung, daß sie nur noch in der bisher gewohnten Weise weiterarbeiten würden, wenn nicht ganz allgemein die Löhne bei der Reichsbahn aufgebessert würden.

Nach wie vor ist also der Hauptpunkt des Streites die allgemeine Lohnerhöhung. Das Personal steht dem System der Ortslohnzulagen durchaus ablehnend gegenüber. Im Gegenteil hat diese Maßnahme nur dazu geführt, daß die Erbitterung nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den Beamten noch weiter gestiegen ist. Auch die Behauptung der Dawesbahn, daß die Mittel fehlen, um eine allgemeine Lohnerhöhung bewilligen zu können, ist ebenso unrichtig. Tatsache ist, daß die Reichsbahnverwaltung das erste Reparationsjahr mit einem Betriebsüberschuß von 286 Millionen Mark abgeschlossen hat.

Die Forderungen der Organisationen auf eine Lohnerhöhung von 12 Pfg. in der Stunde würden nach den Angaben der Reichsbahnverwaltung etwa 140 Millionen Mark im Jahr ausmachen. Es würde also zur Bewilligung dieser Forderung kaum die Hälfte des Betriebsüberschusses erforderlich sein. Wenn man weiter bedenkt, daß die Reichsbahnverwaltung nach ihren eigenen Angaben 22 Millionen Mark sogenannte Leistungszulagen, die vom Personal nicht anders als Korruptionsprämien genannt werden, ausbezahlt, und ferner feststellen kann, daß die Reichsbahn zurzeit einen Kohlenvorrat für einen Monat besitzt, daß 4000—5000 Lokomotiven in betriebsfähigem Zustande stillstehen, ebenso 300 000 Eisenbahnwagen, so kann man nicht sagen, daß der Betriebsüberschuß nur rein rechnerisch sei und zur Beschaffung notwendiger Materialien und Betriebsstoffe verwendet werden müßte. Die gesamten Kosten z. B. der Elektrisierung der bayerischen Bahnen werden aus laufenden Betriebsmitteln gedeckt. Der Öffentlichkeit gegenüber wird es so dargestellt, als ob die Löhne der Eisenbahnarbeiter durchaus angemessen wären. In München z. B. zahlt die Reichsbahn dem Unternehmer, der einen Eisenbahnumbau vornimmt, einen Stundenlohn von 1.05 Mark, während sie den eigenen Arbeitern zuzüglich der Sozialzulage für Frau und ein Kind nur einen Stundenlohn von 64 Pfg. bezahlt, also 41 Pfg. in der Stunde = 66 Prozent weniger wie dem betriebsfremden Arbeiter des Privatunternehmers. Auf dem Lande sollen verheiratete Bahnarbeiter mit 15—17 Mark Wochenlohn ihre Familie ernähren. Angesichts dieser Zustände darf man sich nicht wundern, wenn bei der Reichsbahn sich Dinge ereignen, von denen die Reichsbahn und die Öffentlichkeit sehr unangenehm überrascht sein werden. Wenn die Reichsbahngesellschaft kein Einsehen hat, so sind diese Dinge unausbleiblich. Allerdings muß eine Dawesbehörde den Belangen der Volkswirtschaft ablehnend gegenüberstehen. Sie hat eben andere Interessen wahrzunehmen.

Der Reichsschuldaltgläubiger

Die Banken können sich am 5. Okt. auf einen Ansturm an ihren Schaltern gefaßt machen, der Erinnerungen an die Inflationszeit auslöst. Der große Tag ist da, an dem das Unrecht der Entwertung wieder „gutgemacht“ werden soll. Da sich nun das Publikum dann gerade aus solchen Leuten zusammensetzen wird, die im Bankverkehr wenig bewandert sind, verlohnt es sich, alles das aus den schwierigen Durchführungsbestimmungen zum Aufwertungsgesetz zusammenzutragen, was für den Gläubiger von Wert zu wissen ist.

Es sei vorweggenommen, daß alle eigentlichen Neuerwerber zunächst unberücksichtigt bleiben, d. h. es brauchen sich nur Altbesitzer zu bemühen, deren Definition noch aus den Besprechungen zum Aufwertungsgesetz selbst bekannt sein dürfte. Als neu kommt aber eine Kategorie von solchen hinzu, die ihre Anleihen vor dem 30. Juni erworben, nach dem 1. Juli 1920 verkauft und unmittelbar darauf eine andere Anleihe in gleichem Nennbetrage wieder angeschafft haben. Hier sollen auch die Bestimmungen für Altbesitz Platz greifen. Für die Aufwertung kommen vorläufig nur die Reichsschulden und die diesen gleichgestellten Länderverpflichtungen und die von Körperschaften in Betracht. Eine Liste darüber erhält der Interessent bei Banken und Sparkassen.

Alle diejenigen also, auf die die vorstehenden Bedingungen zutreffen, und soweit sie Stücke haben, die rechnerisch neue über RM. 12.50 oder ein Vielfaches hiervon darstellen werden, müssen in der Zeit von 5. Oktober 1925 bis 28. Februar 1926 anmelden. Und doch besteht noch eine Ausnahme; für alle, die Anleihen im Gesamtnennbetrage von weniger als M. 1000 besitzen und bedürftig sind, ergehen noch besondere Vorschriften, da hier bar abgefunden wird.

Der Gang des Verfahrens ist folgender:

Der Altgläubiger meldet seine Stücke bei seiner Bank oder Sparkasse an; dabei ist es gleichgültig, ob die Papiere dort bereits lagen oder am Anmeldetage eingereicht wurden. Die Reichsbank darf nur in Anspruch genommen werden, wenn die Papiere dort bereits deponiert waren. Die Anmeldung kann auch erfolgen durch Pfandgläubiger, gesetzliche Vertreter und Vermögensverwalter. Bei den Instituten, die für das Ablöseverfahren den Namen „Vermittlungsstelle“ erhalten, sind Antragsformulare auszufüllen, die hinsichtlich ihres Umfanges eine gewisse Geduldsprobe an die Gläubiger stellen, was aber zum Zwecke einer einwandfreien Abwicklung nicht zu umgehen ist. Es sei hier ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß mangelhafte Ausfüllung die Erklärung zum Altbesitz und damit das Auslosungsrecht in Frage stellt. Die Hauptsache aber ist nun der Beweis des Altbesitzes. Bei dauernder Depotbelassung dürften Schwierigkeiten nicht entstehen. Hier wird die Hauptarbeit ohnehin durch die Vermittlungsstellen getan. Hatte der Gläubiger s. Zt. die Stücke abgehoben, so ist das Beweismaterial für dauernden Besitz beizubringen. Dazu gehören neben den Schlußnoten in erster Linie Nummerverzeichnisse, u. U. auch Depotauszüge. Auch Korrespondenzvorlage wird manche Lücke beseitigen. Da die Banken usw. fast immer in der Lage sind, Duplikate auszustellen, ist der Fall undenkbar, daß jemand nicht in den Besitz seines Rechtes kommen sollte. Die Vermittlungsstellen werden in der Regel das Ausfüllen der Bogen selbst übernehmen, wie überhaupt den Gläubigern keine Unkosten entstehen. Solche werden vielmehr vom Reich übernommen. Nur bei unverhältnismäßig großer Arbeitsleistung bei unbedeutenden Beträgen kann die Vermittlungsstelle eine Provision ausbedingen.

Einen Fall jedoch hat die Regierung nicht berücksichtigt: die Behandlung derjenigen Feldzeichner von Kriegsanleihe fehlt, die ihre Stücke weder erhalten haben, noch wissen, wo sie liegen. Die Quittungen über die Zeichnungsraten sind mit den Soldbüchern verloren gegangen. Mannigfache Nachstellungen nach dem Verbleib mußten in der Inflation wegen der Unkosten unterbleiben. Manche schrieben damals die Papiere angesichts des Kursstandes ohnehin auf Null ab. Das rächt sich jetzt. Es würde sich empfehlen, hier zunächst eine Eingabe an das Versorgungsamt zu machen.

Sind die ersten Formalitäten bei den Vermittlungsstellen erledigt, so erhält der Anmeldende zunächst eine Bescheinigung, die als Unterlage für den Anspruch auf Auslosungsrecht dient. Es beginnt nun die Zeit des Wartens, bis die Anträge durch die einzelnen Instanzen gewandert sind. Sie gehen jetzt von privaten in amtliche Hände zu der Altbesitzstelle beim Finanzamt. Hier erfolgt Prüfung; Rückfragen werden sich einstellen. Es wird sich die Möglichkeit ergeben, daß der Antragsteller Zeugen für die Richtigkeit seiner Angaben benennen muß. Werden Einwendungen nicht gemacht, so geht der Antrag an den Reichskommissar mit der Stellungnahme der Altbesitzstelle. Das Material wird noch einmal durchgearbeitet und die Entscheidung gefällt, ob Altbesitz vorliegt. Darüber erhält der Anmeldende Bescheid. Sollte das Recht auf Auslosung verneint werden, so ist innerhalb von zwei Wochen Beschwerde bei der Reichsschuldenverwaltung zulässig.

In Fällen der einwandfreien Feststellung des Altbesitzes erfolgt durch den Reichskommissar Benachrichtigung der Reichsschuldenverwaltung. Damit ist der Weg beendet, der mehrere Wochen in Anspruch nimmt. Jetzt geben die Papiere in neuem Kleide als Ablösungsanleihen nebst Ablösungsschein über Reichsbank und Vermittlungsstelle zurück an den Empfangsberechtigten. Es sind dann bei der Aushändigung noch einige Formalitäten zu erledigen. Es wird dem Antragsteller eine Bescheinigung über die Aushändigung ausgestellt, die den Wert hat, ihm später die Vorzugsrente bei Bedürftigkeit zu verschaffen. Damit er nun für den Verlust nicht leer ausgeht, stellt er gleichzeitig der Vermittlungsstelle eine Art Quittung über den Empfang aus, die 30 Jahre aufbewahrt wird. Um das Wesen der Vorzugsrente verständlicher zu machen, sei erwähnt, daß solche nur bei Vorlage des gleichen Auslosungsscheines gewährt wird. Es müssen also die Nummern übereinstimmen. Die Aufbewahrung der Bescheinigung ist unbedingt erforderlich, denn niemand weiß, ob er nicht später einmal gezwungen ist, die Vorzugsrente anzunehmen. Es dürfte sich auch empfehlen, selbst bei Depotbelassung der neuen Stücke Nummernaufgabe zu verlangen und gleichzeitig Aushändigung der Bescheinigung. Im übrigen sei darauf verwiesen, daß die Auslosungsscheine notiert werden sollen.

Einer Sonderbehandlung darüber hinaus werden die Bedürftigen zuteil, insofern als ihnen eine Vorzugsrente zugesprochen werden kann. Nach Erledigung der Formalitäten bei der Vermittlungsstelle wendet sich der Gläubiger an seine Bezirksfürsorgestelle, die nachprüft, ob Bedürftigkeit vorliegt. Die Entscheidung trifft der „Ausschuß für Vorzugsrenten“. Beschwerde kann gegen den Entscheid beim Oberausschuß eingelegt werden, dessen Beschluß aber endgültig ist. Wird die Bedürftigkeit anerkannt, so geht der Antrag weiter an die Reichsschuldenverwaltung, von der der Antragsteller eine Urkunde erhält über das Recht auf Vorzugsrente. In diesem Falle werden dann Ablösungsanleihe und Auslosungsschein nicht ausgeliefert oder gutgebracht. Erst wenn einmal die Rente aufhört, z. B. wegen Besserung der wirtschaftlichen Lage, erhält er die Schuldverschreibungen. Eine Sonderbestimmung tritt für diejenigen in Kraft, die Anspruch machen auf erhöhte Vorzugsrente. Sie ist entweder um 25 Prozent höher als die einfache, oder um 50 Prozent, wenn der Antragsteller über 60 Jahre alt ist. Hier kommt aber nie Gutschrift oder Aushändigung der Anleihe in Frage. Es ist vielmehr ein glatter Verzicht erforderlich, der bereits bei der Fürsorgestelle erklärt werden kann. Bei Aufhören der Rente aus irgendeinem Grunde ist er aller Ansprüche verlustig gegangen.

Es kann nur dringend geraten werden, mit der Anmeldung sogleich zu beginnen. Desgleichen sei im Interesse einer geordneten Abwicklung anempfohlen, unnütze Fragereien zu vermeiden und Ausbrüche der Verbitterung zu unterlassen.

*

Nachstehend eine kleine Blütenlese von Propagandazitaten zugunsten der Kriegsanleihe. Der Kriegsanleihe, welche durch die Aufwertungsgesetzgebung unter den Tisch fiel wie so manches gute Recht des Volkes.

Staatssekretär Gröber: **Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.**

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf: **Es ist mir unverständlich, daß manche glauben, durch den Wechsel der Regierung oder in der Reichstagsvertretung könnte die Sicherheit der Kriegsanleihe nur im geringsten gefährdet sein**

Kriegsminister Scheuch: **Wer nicht Kriegsanleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Kriegsanleihe wird immer mindestens so gut sein wie bares Geld.**

Staatssekretär Scheidemann: **Seid pflichtbewußt! Helft unserem Lande! Gedenket der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne! Es ist kein Opfer, sein Geld mündelsicher zu fünf Prozent anzulegen.**

Staatssekretär Fischbeck: **Deutschland wird niemals eine Regierung haben, die nicht einmütig hinter der Kriegsanleihe steht.**

Königin Meiken

Von Willi Scharlau.

(54. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Er entsann sich eines Gesprächs mit Krusius und Merker und er war etwas neugierig, ob er Recht behalten würde. Er hatte damals den beiden erklärt, einem Mädchen wie diesem könnte kein Mann gefährlich werden, sie würde unter allen Umständen Meiken Hansen bleiben.

Damals lachten die beiden unbändig und nun wollte er doch einmal sehen, ob sie dieselbe blieb.

Außerdem gab ihr letztes Zusammensein ihm eine Berechtigung zu einem Besuch, denn mit einem „auf Wiedersehen“ waren sie geschieden.

Wie wahnsinnig schlugen die Hunde des Gehöfts an. Heut am Sonntag vormittag durften sie sich nicht frei draußen herumtreiben. So erhob der erste, als er des Wagens ansichtig wurde, ein großes Klagegeschrei und die drei andern stimmten im Chor ein.

Sonst war keinerlei Bewegung in oder bei dem Hause zu erkennen und der Graf hielt hart vor dem großen Tor, stieg aus und begann zu suchen.

Er blickte auf die Diele; niemand zu sehen, schließlich ging er durch eine Art Gang zu einer kleinen Tür, öffnete sie und stand im Eingang zum Garten.

Und dort stand Meiken Hansen, bückte sich und pflückte Blümchen zu einem winzigen Sträußchen.

Sie durfte jetzt das schon eher einmal wagen; des Vaters Interesse für den früher von ihm mit solcher Liebe und Sorgfalt gehegten Garten war merklich im Schwinden. Sie getraute sich ohne Furcht vor Grobheiten, sich kleine Sträußchen zu binden und in ein Glas zu stellen. Sie hatte so gern Blumen in ihrer Kammer und wenn es auch nur wenige Leberblümchen oder Himmelschlüssel waren.

Er konnte sie genau beobachten und es wollte ihn bedünken, als wäre das Mädchen noch schöner geworden. Dasselbe feine und doch starke Profil, dieselbe plastische Ruhe in ihren Bewegungen und — Meiken Hansen richtete sich auf und wendete sich ein wenig um.

Und dieselbe ruhige Reinheit in ihren Zügen.

Rasch zog Steinburg den Hut, trat einen Schritt in den Garten hinein und sagte freundschaftlich:

„Guten Tag, Fräulein Hansen, — wie geht es Ihnen? — Ich hatte versprochen, wiederzukommen und da bin ich.“

Bei dem Ton einer fremden Stimme war Meiken zusammengezuckt, sah den Mann mit ihren großen, klaren Augen an und erkannte ihn. Ein freundliches Lächeln überzog ihr Gesicht und mit ruhigen Schritten trat sie ihm näher und bot ihm die Hand.

„Guten Tag“, erwiderte sie seinen Gruß. „Es ist recht von Ihnen, zu kommen, — Ihr letztes Wort zu mir war ja „auf Wiedersehen“.

„Ich weiß wohl, habe oft in den letzten Tagen an das Versprechen gedacht, — man muß so etwas halten. — Aber wissen Sie, Fräulein, ein Mann, der wie ich mit Arbeit überhäuft ist, kann nicht immer so, wie er möchte. — Erst heut am Sonntag die Zeit gefunden, hierher zu kommen und mein Versprechen einzulösen.“

Auf dem Gesichte des Mädchens zeigte sich etwas wie überlegener Spott und sie erwiderte:

„Arbeit? — Sie arbeiten, Herr Graf?“

„Allerdings und wie ein Pferd. — Man hat mich so lange gebeten, bis ich das Amt des Badedirektors von Norderland übernommen habe. — Nun, da heißt es fleißig sein, — ich weiß zuweilen nicht, wo mir der Kopf steht.“

Sie nickte schon ganz befriedigt.

Meiken band die Blümchen mit einem Faden zusammen, er aber blickte sich mit einigem Erstaunen im Garten um.

„Wirklich sehr hübsch hier, Fräulein Meiken. — Ich war damals nicht hier im Garten und konnte so etwas nicht vermuten. — Sehr hübsch.“

„Und trotzdem wollen Sie mich von hier verdrängen?“ rief sie.

Scheinbar erstaunt und von ihren Worten betrübt, schaute er sie an und erwiderte sehr ernst:

„Ich? — Nein, Fräulein Meiken, darin irren Sie sich vollständig. Die andern ja, ich niemals, denn ich weiß zu genau, was es heißen muß, ein eigenes Heim zu besitzen. Und wie ich mich niemals von ihm trennen würde, freue ich mich jedesmal, wenn ich bei andern auf ebensolche Gesinnung stoße. Und namentlich bei einer Frau. — Nein, Meiken, ich würde eher alles tun, Ihnen Ihren Besitz ungeschmälert zu erhalten, als Sie zu verdrängen.“

Er ließ in seiner Anrede das Wort Fräulein fort, sie schien es nicht zu bemerken, sah ihn vielmehr freundlich an und dachte: Er ist ein ganz anderer Mensch gegen mich als gegen die Leute, die mit ihm sonst zu tun haben. Er spricht auch gar nicht mehr so komisch zu mir, wie anfangs. Er hatte so etwas verständiges, ruhiges und gar nicht aufdringliches in seinem Benehmen gegen sie, war immer höflich und anständig, — sie hielt ihn für den einzigen guten Menschen, den das unglückselige Seebad in ihr liebes Norderland gebracht hatte.

„Waren natürlich oft drüben, im Seebade, Meiken?“ fragte Steinburg, als das Mädchen schweigend vor ihm stand.

„Nein, — das heißt doch, — einmal war ich drüben. — Das hatte aber einen besonderen Zweck, und — ich habe nichts gesehen.“

„So?“

Da fiel ihm ein, um sechs Uhr fände ja das kleine Abschiedsdiner statt für die in diesen Tagen abreisenden Bauleiter und gleichzeitig Eröffnungsfeier des Kurhauses. Küche und Keller sollten einmal zur Probe zeigen, was sie zu leisten imstande wären.

Nur die paar Schnösel von jungen Baubeflissenen, der Aufsichtsrat in Gestalt von Bertram, Krusius, Merker und ihm selbst.

Eine verdammt dumme Zusammenstellung, in der er sich ungemein wenig am Platze vorkam.

(Fortsetzung folgt.)

Hauptschriftleitung und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Lokales und Wirtschaft: Dr. Hans Buchner; für Bewegung und Sport: Hansjörg Maurer; für Kunst und Wissenschaft: I. V. Dr. Hans Buchner; für den Anzeigenteil Otto May. Verlag Franz Ehers Nachfolger, G. m. b. H.; Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus. M. Müller & Sohn.

Aus der Bewegung

Sektionsversammlungen der Ortsgruppe München der N.S.D.A.P.

Donnerstag, den 24. September 1925. Sektion Schwabing: Gasthaus „Blüte", Blütenstr.

Es wird sprechen das Sekt.-Mitglied Stadtrat **Fiehler** über **„Nationalsozialismus und städtische Wirtschaft"**, wobei besonders die Kunststücke der letzten Zeit: Girozentrale, Hotelankauf, Ledigenheim, Anleihe usw. einer kritischen Würdigung unterzogen werden.

Starke Beteiligung seitens der Mitglieder und Einführung von Interessenten erwünscht. Sorgt alle für einen vollbesetzten Saal.

*

Die Sektionsversammlung München-Süd am Donnerstag fällt wegen Instandsetzung des Lokales aus.

Ortsgruppe Solln und Umgebung. Der auf Donnerstag, 24. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthaus „zum Hirschen" in Solln anberaumte Sprechabend fällt aus. Es findet dafür am gleichen Abend im Gasthaus „zum Sollner Hof" in Solln eine große öffentliche Volksversammlung statt, bei der Herr Oberamtmann Dr. Wilhelm Frick, M. d. R., über das Thema: „Die brennenden politischen Tagesfragen" sprechen wird. Freunde und Gäste sind hierzu freundlichst eingeladen.

Aus Bayern und Reich

Adolf Hitler am 26. und 27. September doch in Fürth

Nachdem man es fertig gebracht hat, unsere am 19. und 20. September angesetzte

Nationalsozialistische Kundgebung

wegen hebräischer Feiertage zu verbieten, findet dieselbe nunmehr

am 26. und 27. Sept. in Fürth statt.

Am Samstag, den 26. September 1925, abds. 8 Uhr finden 2 Mitgliederversammlungen statt, zu denen nur gegen Mitglied-Ausweis Eintritt gewährt werden kann.

Am Sonntag, den 27. Sept. 1925, vorm. 10 Uhr, mehrere Massenversammlungen, bei denen die bedeutendsten Führer sprechen werden.

Nachmittags 2 Uhr Schau- und Passagierflüge am Flugplatz mit Konzert. Abends Deutscher Abend.

Wir bitten die auswärtigen Ortsgruppen und Verbände sehr zahlreich zu erscheinen. Für Quartiere ist gesorgt.

Dieser Tag muß eine gewaltige Demonstration gegen die jüdische Diktatur und gegen die schwarze Erzreaktion werden.

Adolf Hitler wird bestimmt erscheinen.

Kameraden erscheint schon deswegen, damit wir unserem Führer erneut die Treue beweisen können.

Kommt in Massen nach Fürth!

Der Festausschuß.

Kreis Oberpfalz. Um einen genauen Arbeitsplan ausarbeiten zu können, müssen Rednеranforderungen jetzt schon geschehen. Für den Monat Oktober können außer den bereits bestimmten O. Gr. keine mehr in Frage kommen. Meldungen an die Geschäftsstelle, Schwandorf, Augustinstraße 7.

Ortsgruppe Koburg hielt am Freitag den 18. d. M. ihren September-Sprechabend ab, welcher wieder einen sehr interessanten Verlauf nahm. Pg. Schwede berichtete über die Tätigkeit unserer Stadtrats-Fraktion in den letzten Wochen. U. a. brachte diese im Verfolg der Deutschen-Vertreibungen aus Polen einen Antrag auf Ausweisung der Polen und Ostjuden, die sich gerade in Koburg während und besonders nach dem Kriege scharenweise einnisteten, ein. Mit Ausnahme der Antragsteller und eines einzigen Deutschnationalen stimmten alle gegen den Antrag. Wie schon so oft, haben auch hier die Deutschnationalen und „Auch-Völkischen" wieder gänzlich versagt. Ein nicht geringer Teil der Wähler dieses schwarz-weiß-roten Stadtrats ist darum in heller Erregung.

Zum Schlusse nahm die Versammlung mit Empörung von dem Verbot des Deutschen Tages in Fürth Kenntnis. Auch hier hat die Regierung wieder einmal vor dem Judentum glatt kapituliert. Wir fahren nun erst recht, wenn auch 8 Tage später, nach Fürth und zwar in doppelter Stärke.

Ortsgruppe Worms am Rhein. In Anbetracht der gerade in letzter Zeit gestiegenen Anhängerschaft unserer Bewegung und im Hinblick auf die kommenden Stadtratswahlen tritt die alte Ortsgruppe wieder in Erscheinung.

Die Gründungsversammlung wird am Samstag, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr im alten Parteilokal „Zum Sumser" stattfinden. Starkes Erscheinen der Anhänger wird erwartet. Referenten: Dr. Wolf, Mainz und Lehrer Hardt, Ludwigshafen. Referat: „Wesen und Ziele des Nationalsozialismus."

N.S.D.A.P. Naunhof.

Naunhof ist seit langem als Hochburg des völkischen Gedankens bekannt. Was Wunder, wenn sich deshalb am Sonntag, den 13. September, als die Banane aus Leipzig und weiterer Umgebung sich hier ein Stelldichein gab, folgende Geschichte, die nicht etwa völkische Gehässigkeit, sondern die jüdische „Neue Leipziger Zeitung" berichtet, zugetragen hat.

Das Blatt schreibt:

Wie nötig auch in Naunhof ein republikanischer Tag war, beweist folgende wahre Geschichte: Der Leiter des Leipziger Zuges, Regierungsrat Stephan, fragte einen auf dem Markt anwesenden Polizeioffizier — nachdem der Aufmarsch des „Reichsbanners" mit Fahnen und schwarz-rot-goldenen Armbinden bereits erfolgt war — ob er damit einverstanden sei, daß eine Kundgebung erfolge. „Selbstverständlich, da lacht einem doch das Herz im Leibe: — — sie sind doch Hitler?" Auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht, fand er sich rasch in die Situation und meinte: „Na um so besser!" So haben die Reichsbannerleute lange nicht bei einer Veranstaltung gelacht, wie nach dieser durch kein politisches Vorurteil getrübten Antwort.

Wir sehen daraus, wie der biedere Herr Polizeikommissar von Naunhof im Handumdrehen seine Anschauung ändert, ganz wies trefft. Kein Wunder, hat er doch bisher immer nur unsere herrlichen Hakenkreuzfahnen zu sehen bekommen. Die Bemerkung: „Nun um so besser" sollte zweifellos eine verspätete Verbeugung vor jenen Leuten sein, die ihn nach dem Novemberverbrechen von 1918 seines Amtes enthoben und auf die Straße warfen.

Was nun den erwähnten „republikanischen Tag" des Reichsbanners Rollet in Naunhof anbelangt, so wäre der Bericht des Judenblattes dahin zu ergänzen, daß der republikanische „Tag" in einem zweistündigen Herumziehen bestand. Hierbei wurden schneidige Märsche gespielt (man scheint immer noch keinen Ersatz dafür gefunden zu haben) und Freiheitslieder gesungen. Man müßte meinen, daß in der „freiesten Republik der Welt", in der doch jeder „ein Leben in Freiheit, Schönheit und Würde" leben sollte, gerade bei den Stützen dieser Republik der Drang nach Freiheit nicht so offen zum Ausdruck kommen dürfte. Oder hat man sich die Freiheit doch etwas anders vorgestellt? Woraus hervorgeht, daß der republikanische Gedanke wächst, wenn der gewöhnliche Sterbliche auch nichts davon spürt. Darum hoch die Republik! ch.

Parteigenossen! Gesinnungsfreunde!

Die Ortsgruppe **Dresden-Neustadt** der N.S.D.A.P. richtet an Sie die höfl. Bitte, sie beim Hilfswerk an einer schwer ums Dasein ringenden nationalsozialistischen Familie durch frdl. Spenden zu unterstützen.

Unser Kamerad ist seit 64 Wochen arbeitslos. Die Frau krank. Ein harter Gebirgswinter steht wieder vor der Tür. Vollständig mittellos sieht er sich erneut den Schrecken des Winters ausgesetzt. Jede noch so kleine Gabe ist willkommen.

An die Herren Arbeitgeber richten wir die Bitte, ihm durch Stellungsangebote (Vorschußleistung für etwaige Umzugskosten sehr erwünscht) eine neue Existenzmöglichkeit zu bieten. Unser Kamerad verfügt über gute Zeugnisse, jedoch die Industriearmut des oberen Osterzgebirges verhinderten seine Unterbringung in irgendeinem Betrieb.

Spenden und Stellungsangebote an den Vorsitzenden, Alfred Bieberstein, Dresden-Neustadt, Hauptstraße 17, oder auf Postscheckkonto Dresden 16 2 79, Max Schumann, Gr. Klostergasse 8, erbeten.

Ortsgruppe Dresden-Neustadt. Wie allwöchentlich, so fand auch diesmal unser Sprechabend am 17. September in unserem Versammlungslokale „Klosterkeller" statt.

Pg. Weschke sprach über das Thema: „Rassefragen". Er gab zunächst eine kleine Einführung in die Methoden und Formen unserer neuesten Rasseforschung und machte dann auf Grund des Werkes von Hans Günther sehr interessante Ausführungen über die Bluterscheinungen der nordischen Rasse, die er sehr geschickt durch Zeichnungen veranschaulichte. Von besonderem Wert waren seine Ausführungen über Wesen und Wirkungen der Blutzufuhr. Die Bedeutung der Blutzufuhr legte er an Hand von Beispielen aus dem Heilwesen der verschiedenen kriegführenden Staaten klar, deren verschiedene Anwendung und Wirkung uns die Bedeutung erkennen ließen.

Eine Gegenüberstellung der verwerteten Rasseerkenntnisse in der amerikanischen Armee und der deutschen Armee, ließen noch einmal die Bedeutung der Forschungsergebnisse in schroffem Maße erkennen und lösten manches bisher unverstandene Rätsel.

Besonders interessant waren seine Ausführungen über die Auswirkung der Rasse auf Sprache und Schrift der Völker, wobei er an Hand von Anschauungsbildern einen Einblick in die Begriffssprache der alten Völker gab.

Der Vortrag erreichte sein Ziel, indem jedes Mitglied erkannte, daß nur dann Deutschland wieder gesunde, wenn diese Forschungsergebnisse im deutschen Volksleben beachtet und verwandt werden.

Auch auf die nationalsozialistische Selbsterziehung wirkte der Vortrag sehr befruchtend, indem dieselbe wieder an neuen Gesichtspunkten gewann. Der Versammlungsbesuch war befriedigend.

Da die Sprechabende jetzt regelmäßig in unserm Lokal Klosterkeller, Neustädter Markt 6, jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat stattfinden, so geben wir uns der guten Hoffnung hin, daß jeder Sprechabend weitere Mitglieder der Bewegung zuführen kann. Nächster Sprechabend: Donnerstag, den 1. Oktober, 8 Uhr, im Klosterkeller, Neustädter Markt 6, wo der Kreisvorsteher im D.H.V. Geschäftsführer Kahlert über „Die völkische Bewegung und die Gewerkschaften" sprechen wird.

Noch außenstehende Volksgenossen, die an unseren Sprechabenden teilnehmen wollen, sind herzlichst eingeladen, und mögen ihre Anschrift an unseren Vorsitzenden: Alfred Bieberstein, Dresden-N., Hauptstraße 17, senden. R. J.

Ortsgruppe Zwickau i. Sa. Donnerstag, den 24. Sept., Sprechabend in der „Saxonia". Beginn pünktlich 8.45 Uhr. Thema: Zionismus. Redner: Gauleiter Fritz Tittmann. Bringt Freunde und Gegner mit.

Ortsgruppe Dortmund. Donnerstag, den 24. Sept., abends 8 Uhr, findet im Lokale Merkert, Ostenhellweg 51 eine öffentliche Versammlung statt, in welcher P. G. Dr. Goebbels, Elberfeld über das Thema: „Lenin oder Adolf Hitler" spricht. Wir erwarten von allen Nationalsozialisten Dortmunds, daß Sie pünktlich zur Stelle sind und auch noch eine gute Propaganda machen. **Die Ortsgruppenleitung.**

Ortsgruppe Osterfeld, Westfalen hält am Samstag, den 26. ds. Monats, im Lokale Borgshoff, Hauptstraße, ihre erste öffentliche Versammlung ab. Bezirksleiter Wagner aus Bochum spricht über das Thema: „Was ist und will der Nationalsozialist?"

Ortsgruppe Goslar. Am Sonnabend, den 26. September, spricht im Kaisersaal zu Goslar Pg. Ahlemann, Berlin, über das Thema: „Sicherheitspakt und Völkerbund". Es wird erwartet, daß alle Parteigenossen des Kreises Goslar vollzählig an dieser Versammlung teilnehmen und es wird nochmals auf das letzte Rundschreiben der Kreisleitung besonders hingewiesen.

Ortsgruppe Beuchte. Am Sonntag, den 4. Oktober, findet in unserem Orte der erste Deutsche Abend, verbunden mit ernster Feierlichkeit, statt. Hierzu werden alle Parteigenossen des Kreises Goslar herzlichst eingeladen.

Gau Groß-Berlin

Sprechabende am Freitag:

Bezirk V. (Friedrichshain), um 8½ Uhr bei Kathert, am Ostbahnhof 26.

Bezirk X. (Zehlendorf, Dahlem, Nikolassee, Wannsee, Schlachtensee), um 8½ Uhr bei Sachse, Schlachtensee, Viktoriastr. 37.

Bezirk XI. (Schöneberg, Friedenau), Ortsgruppe Schöneberg, um 8½ Uhr im Lokal Stadt Schöneberg, Mühlenstr. 18.

Bezirk XVII. (Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Biesdorf, Marzahn, Hellersdorf mit Wuhlheide, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Wuhlgarten) um 8 Uhr in dem Lokal, Lichtenberg, Skandinavische Straße 23.

Ortsgruppe Clausthal-Zellerfeld. Am Sonntag, den 27. September, spricht Pg. Ahlemann, Berlin, in einer öfftlichen Volksversammlung unseres Ortes über das Thema: „Sicherheitspakt und Völkerbund." Vollzähliges Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht, um diese Versammlung zu einer gewaltigen Kundgebung für unsere Idee werden zu lassen.

Nochmal der Fall Kronenberger

Vor kurzem ging durch die gesamte Münchner Presse die Mitteilung, daß das Strafverfahren gegen Rechtsrat Dr. Kronenberger in Sachen Girozentrale eingestellt worden sei. Dies gibt uns Veranlassung, nochmals näher auf den Fall Kronenberger einzugehen, da nach unserer Überzeugung das gegen Rechtsrat Dr. Kronenberger vorliegende Material doch so schwerwiegend zu sein scheint, daß es unverständlich ist, wenn die Staatsanwaltschaft das Verfahren tatsächlich eingestellt hat. Da es sich sowohl bei den Vorkommnissen in der Girozentrale als auch bei der Vertretung der Stadtgemeinde München durch Rechtsrat Dr. Kronenberger um öffentliche Interessen handelt, dürfte wohl feststehen, daß es Pflicht der Staatsanwaltschaft ist, auch ohne genau präzisierte Strafanträge die Angelegenheit mit aller Gründlichkeit zu untersuchen. Vor allem erscheint uns wesentlich, daß Rechtsrat Dr. Kronenberger im Vorstand und Verwaltungsrat der Girozentrale war und infolgedessen für die Tätigkeit dieser Organe mitverantwortlich ist. Sollte sich jedoch hieraus für die Staatsanwaltschaft keine gesetzliche Handhabe zum Eingreifen bieten, so möchten wir auf folgende sehr ernste Punkte aufmerksam machen:

Es wurde wiederholt in der Presse der Vorwurf gegen Kronenberger erhoben, daß er sich von der Girozentrale ein Darlehen in Höhe von 40 000 Mark zum Zwecke eines Hausbaues zu bedeutend ermäßigtem Zinsfuß gewähren ließ, daß er ferner ein Umzugsgeld in Höhe von 2500 Mark in Anspruch genommen hat und außerdem gleich den übrigen Vorstands- beziehungsweise Verwaltungsratsmitgliedern für die Teilnahme an den Sitzungen sich unverhältnismäßig hohe Sitzungsgelder — wie man hört, 100 Mark pro Sitzung — ausbezahlen ließ. Hierzu ist zu sagen, daß ein Beamter, der im Interesse seiner Anstellungsbehörde ein Amt bei einer anderen Organisation ausübt, sich hierfür unseres Erachtens keinerlei persönliche Vorteile verschaffen oder einräumen lassen darf. Wir dürften wohl auch nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß Kronenberger seine Tätigkeit bei der Girozentrale häufig während der normalen Arbeitszeit für die Beamten ausgeübt hat. Wenn ein Beamter, der im Auftrage seiner Anstellungsbehörde die Interessen derselben bei einer Firma oder Organisation wahrzunehmen hat, sich von dieser ein Entgelt bezahlen oder einen finanziellen Vorteil verschaffen läßt, wird doch sonst nach unserer Kenntnis der Rechtsprechung sofort mit schweren Strafen eingeschritten. Wir können nicht einsehen, daß der Fall Kronenberger anders liegen sollte, um so weniger, als bei einem doch sicher auskömmlich bezahlten höheren Beamten kein Milderungsgrund vorliegen dürfte. Die Höhe des Umzugsgeldes stellt auf alle Fälle ein bedeutendes Geschenk dar, denn mit 2500 Mark dürfte man die Umzugskosten für mindestens zehn größere Wohnungen bezahlen können. Der schwerwiegendste Punkt dürfte jedoch die Annahme der hohen Sitzungsgelder sein. Wir verweisen hier auf die Ausführungen, die Rechtsrat Dr. Kronenberger in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei im Mathäserbräu am 19. Sept. 1924 mit Bezug auf den Ankauf der Hotelaktien selbst gemacht hat, wie übereinstimmend aus den Presseberichten der M. N. N., M. Z. und Bayr. Kur. über diese Versammlung hervorgeht. Kronenberger hat in dieser Versammlung erklärt, es erwachse einem Stadtratsmitglied aus der Aufstellung als Aufsichtsratsmitglied keinerlei pekuniärer Vorteil, da nach jahrzehntelanger Übung im Münchner Stadtrat alle Tantiemen, die ein Stadtratsmitglied auf Grund amtlicher Entsendung in einen Aufsichtsrat beziehe, an die Stadthauptkasse abzuführen seien. Herrn Rechtsrat Doktor Kronenberger war also zweifellos bekannt, daß er sich durch seine Tätigkeit bei einer Organisation keinerlei pekuniären Vorteil verschaffen dürfe, daß vielmehr Gelder, die er infolge seiner Tätigkeit erhielt, Eigentum der Stadtgemeinde waren. Daneben kommen dann noch die Vorschriften über die Gestattung von Nebenverdiensten bei städtischen Beamten in Frage, die insbesondere in Disziplinarverfahren einer Würdigung unterzogen werden dürften.

Es entzieht sich natürlich unserer Kenntnis, ob Kronenberger die verschiedenen Beträge an die Stadthauptkasse abgeliefert hat. Die Staatsanwaltschaft wird nicht umhin können, sich über diesen Punkt Gewißheit zu verschaffen durch Einsichtnahme in etwa vorhandene Ablieferungsbelege, da es ja nicht ausgeschlossen ist, daß Kronenberger nach Bekanntwerden der verschiedenen Vorkommnisse Korrekturen durch nachträgliche Zahlung vorgenommen hat. Aber selbst in letzterem Falle würde nach unserer Ansicht mindestens eine versuchte Unterschlagung von städtischen Geldern vorliegen, denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die eigenmächtige Zurückbehaltung von Geldern zum Schaden der Anstellungsbehörde eine Unterschlagung ist und wohl auch als Untreue im Amt aufgefaßt werden muß.

Eine andere Frage ist noch die: inwieweit hat Rechtsrat Dr. Kronenberger durch die Zulassung geradezu unverantwortlicher Kreditgeschäfte bei der Girozentrale und insbesondere durch die Hingabe großer städtischer Gelder an dieselbe trotz der ihm bekannten Zustände die Stadtgemeinde mittelbar oder unmittelbar geschädigt. Die gleiche Frage wird man auch bezüglich des Ankaufes der Hotelaktien stellen müssen. Wir werden auf die beiden letzten Fragen späterhin näher eingehen, da auch sie für die Öffentlichkeit von weittragender Bedeutung sind, handelt es sich doch um gemeindliche Mittel, also Gelder der Steuerzahler, mit denen hier gewirtschaftet worden ist.

Nach der Heimat zieht's mich wieder

Wir lesen in der „Neuen Lodzer Zeitung" (Nr. 327):

Salomon Barmat, der aus der sensationellen Barmataffäre in Berlin rühmlichst bekannt ist, weilt gegenwärtig in Lodz. Zeitungsberichterstatter haben ihn bereits interviewt.

Wie bloß Herr Salomon Barmat an den Reisepaß und die Einreiseerlaubnis gekommen ist? Wir glauben übrigens nicht, daß die Sehnsucht nach Polen lange andauern wird. Das beweist wohl zur Genüge die Notiz, daß man sich im Hause Barmat um die Einreiseerlaubnis nach Holland bemüht hat. Daß die einzelnen Brüder schon wieder lustig in der Weltgeschichte umherfahren, gibt Anhaltspunkte, wie es mit dem kommenden Prozeß (wenn es überhaupt so weit kommt!) aussehen wird. Vielleicht kann man auch die Amnestie wegen wirtschaftlicher Verfehlungen auf sie anwenden. Eine nie gedachte Fülle von Möglichkeiten ergibt sich da. Die Barmats haben wirklich einen Mordsdusel, daß ihnen das ausgerechnet in Deutschland passiert ist!

KINO-ANZEIGER

Nach dem Kino: Eine Zigarette der Fabrikate der Österreich. Tabak-Regie

RATHAUS-LICHTSPIELE Der neueste Lubitsch-Film: 3 Frauen. Ferner: Ufa-Wochenschau

Nach dem Theater: raucht selbst der Laie die Zigarette „Metzger" Nr. 3

SENDLINGERTOR-LICHTSPIELE Die vom Niederrhein. Ferner: Ufa-Wochenschau

KAMMERLICHTSPIELE / Kaufingerstr. 28 Telephon 24327 — **Liebe und Trompetenblasen**

Dachauerstr. 16 UFA-THEATER geg. Marsstr. — Die Bergkatze mit Pola Negri. Ferner: Lubitsch Nr. 13, Lustspiel

Telephon 53377 **LICHT-SCHAUSPIELHAUS** Dachauerstr. 46 — **Frauen, die man oft nicht grüßt**

Besuchet die Familien-Sonntag-Vormittags-Vorstellungen obiger Kinos!

KI-PA Film-Palast Müllerstr. 32 — Blumenstr. 29 — Martha Reubi in **Firnenrausch u. Edelweiß** Alpensingfilm sowie der große historische Film: **Wallenstein**

Unsere Leser sehen sich nur die Qualitätsfilme, der im „Völkischen Beobachter" inserierenden Lichtspielhäuser an!

THEATER-ANZEIGER

Mittwoch, den 23. September 1925

National-Theater	Residenz-Theater	Kammerspiele	Cherubintheater
Margarethe, Anfang 6½ Uhr	Am Teetisch, Anfang 7½ Uhr	Apostelspiel / Lanzelot und Sanderein, Anfang 7½ Uhr	Karl Valentin und Lisl Karlstadt, Anfang 8 Uhr
Prinz-Reg.-Theater	**Schauspielhaus**	**Gärtnerpl.-Theater**	**Volkstheater**
—	Zurück zu Methusalem, Anfang 7½ Uhr	Das Weib in Purpur, Anfang 7½ Uhr	Die vertauschte Frau, Anfang 7½ Uhr

RUNDFUNK MÜNCHEN

Donnerstag, den 24. September:

3 Uhr: Sendestunde für die Deutsche Verkehrs-Ausstellung. Kammerquartett Anny Rosenberger.

4 Uhr: Zwei Erzählungen von Leon Freiherrn v. Campenhausen. (Nach dem Manuskript gelesen.)

4.15 Uhr: Kammerquartett Anny Rosenberger.

5.15 Uhr: Die Rundfunkkapelle.

6.15 Uhr: Praktisches für den Heimgarten.

7 Uhr: Aus Robert Schumanns erster Schaffenszeit. Klavierkonzert von Richard Stab. Einführ. mit Bild im Südd. Rundf., Heft 38.

7.45 Uhr: Esperanto-Lesübung.

8.15 Uhr: Von alten und neuen deutschen Bühnen. Ein Überblick über die Entwicklung des Theaters in Deutschland. 2. Vortrag von Dr. Franz Rapp, Konservator des Theatermuseums Theaters in Deutschland. 2. Vortrag von Dr. schen Schauspiels bis zur Neuzeit. Einführung und fünf Abbildungen im Südd. Rundfunk, Heft 38.

9 Uhr: „Auf der Hausbank." Plauderei in 1 Akt von Hans Werner. Spielleitung Direktor Rolf Pinegger. (Wiederholung.) Einführung mit Bild im Südd. Rundfunk, Heft 29.

10 Uhr: Pressemeldungen; Wetterbericht; Zeitangabe; Sportfunk; Geschäftsnachrichten.

In den nächsten Tagen erscheint:

Albrecht Wirth

Der Kampf um Marokko

Mit einer Karte und vielen Abbildungen

Broschiert 5.50 M., Ganzleinen 8.— M.

Marokko steht heute wieder im Mittelpunkt des Interesses. Hier schildert ein Mann, der lange Zeit in Marokko lebte, das Land in seiner Geschichte, Kultur, seinen Völkerstämmen und seinen politischen Schicksalen. Bis zur jüngsten Gegenwart werden die Verhältnisse geklärt, und in fesselnder Darstellung wird ein vielseitiges Bild dieses reichen Landes gezeichnet. Das Buch hat nicht nur allgemeines Interesse, ist nicht nur von aktueller Bedeutung, sondern auch für den Geographen und Ethnographen, sowie für den Politiker gleich bedeutsam.

Zu beziehen durch:

Buchhandlung

Franz Eher Nachf., G. m. b. H., München

Thierschstraße 15 — Postscheckkonto München 11 346

Preis M. 1.20 — Zu beziehen durch:

Buchhandlung Frz. Eher Nachf. G. m. b. H.

München / Thierschstraße 15

„VOLKSWEHR"

Kampfblatt d. Nationalsozialisten das einzige nationale und völkische Blatt von Nordböhmen.

Preis für einen Monat 20 K. Bestellung an

„VOLKSWEHR"

Gablonz a. N. Talstraße 34 (Böhmen.)

100 Stück - 1 Bogen gut klebend und gelocht, schwarz-weiß-roter Druck

2 Bogen . 1 M.

12 Bogen . 5 M.

nur geg. Vorauszahl.

Adolf Schmidt jun.

Dresden A. 24

Postscheck-Konto: Nr. 20504 Dresden

Lüster

Seidenschirme, Ampeln, Züge, Steh- u. Ständerlampen kaufen Sie am billigsten bei reeller Bedienung, sowie größter Auswahl.

Negele, Hackenstraße Nr. 5

Arische Geschäftsleute!

Wer über Handel und Gewerbe in Deutsch-Österreich unterrichtet sein will, verlange ein Probeblatt (20 Pfennig in Marken)

Handels- und Gewerbe-Rundschau

des **Reichs-Hageverbandes D.-Ö.**

Wien III, Radetzkystraße 23, I/16

Jahresbezug R.-M. 3.50

Parteigenossen, Gesinnungsfreunde

Ich versende an alle Freunde und Genossen gegen Nachnahme

Ia echt Allgäuer Stangenkäse	5 Pfund	M. 5.—
„ „ „	9 „	„ 8.50
„ Emmentaler ohne Rinde 6 teilig	5 Schacht. 6.75,	10 Schacht. 13.10
„ Emmentaler ohne Rinde unget.	5 Schacht 6.25,	10 Schacht. 12.50
„ „ „ **Romadour**	5 „	„ 5.30
„ „ „ „	9 „	„ 9.20

Ich versichere nur gute haltbare Ware, und bitte um Anfragen über größ. Sendungen, für Geschäftsleute und Wiederverkäufer.

Wilhelm Müller, Stendal

Gardeleger Str. 11, Fernspr. 609.

Führer dr Ortsgruppe Stendal.

„GEBA" Baumann, LEIPZIG-WAHREN

Halleschestr. 361

Dekoration - Reklame

sucht noch Aufträge.

Schlesischer Beobachter Breslau

Nationalsozialisten, Landsleute,

wenn Ihr über die wahren politischen Zusammenhänge und Ereignisse Bescheid wissen wollt, so lest und verbreitet den

Schlesischen Beobachter

das Hitler-Organ Schlesiens

zu beziehen durch jede Postanstalt. Erscheint wöchentlich einmal. Bezugspreis 55 Pf. Probenummern anfordern direkt beim Verlag: Breslau II, Bohrauerstr. 18.

Wirksames Anzeigen-Organ

Einfach möbliertes **Zimmer** für Geschäftsbesuche geeignet, gesucht. Anfragen unt. **490** an die Anzeigenabt. d. Blattes

Nationalsozialist, 23 J. bl. Handwerker, sucht Bekanntschaft zwecks späterer **EHE** mit gleichgesinnt. Mädchen. Zuschriften mit Bild erbeten an L. S. S. **489** a. d. Anz.-Abt. d. Bl.

Junger Mann 21 Jahre, alleinstehend, seit vier Wochen ohne Stellung, sucht Beschäftigung. Empfehlung vorhanden. Offerten unter 471 an die Anzeigen-Abt. dieses Blattes.

Nationalsozialist

der Vermögen und Stellung durch seine Gesinnung verlor — auch in Landsberg war — sucht

Vertrauensstellung als Filialleiter oder Hausmeister.

Beste Kenntnisse im Molkereibetrieb und fränkischen Wurstwaren vorhanden, da bis vor kurzem mit seiner Frau in diesen Branchen selbständig. Offerten unter **446** an die Anz.-Abt. d. Blattes.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Buchhandlung Franz Eher Nachf. G. m. b. H. / München, Thierschstraße 15

Politische Beichte eines deutschen Prinzen

216 S. holzfr. Papier. — In Ganzleinen 5 M. — Wieder vorrätig!

In sechs Monaten vierzehn Auflagen!

Inhalt: 1. Ein Brief aus England. 2. Unsinn, du siegst . . . 3. Die wahren Kriegshetzer. 4. Erfüllungspolitik. 5. Moltke und Ludendorff. 6. Was muß geschehen? 7. Außenpolitik. 8. Ist Berlin eine deutsche Stadt? 9. Das gleiche Wahlrecht. 10. Der Rat der Hundert. 11. Der Niedergang der Demokratie. 12. Paris, die Wiege der Menschenrechte. 13. Der Deutsche, der Paria der Welt. 14. Der Staat ohne Steuern. 15. Die völkische Bewegung. 16. Die Auslandsdeutschen. 17. Wir und Dänemark. 18. Das Zentrum. 19. Lloyd George. 20. Großdeutschland. 21. Ausklang. — Zu beziehen durch:

Buchhandlung Franz Eher Nachf., G. m. b. H., München

Postscheckkonto München 11346 — Thierschstraße 15